

Wochensatz 65 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konfessionszugehörigkeit ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonton: Berlin 37556. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten ...

Was not tut.

Arbeitsmarktpolitik statt Arbeitsmoralpolitik.

Die politische Interessenvertreterin der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die Deutsche Volkspartei, hat durch zwei prominente Wortführer, den Reichswirtschaftsminister Curtius und den Abgeordneten v. Kaumer, in ihrem Kampf gegen den Arbeitslosenbeschuss auch das Stichwort der Unternehmer von der gefährdeten Arbeitsmoral aufgegriffen.

Das es sich dabei nicht um originelle Prägnanzen, sondern um die Wiederbelebung unbewiesener Behauptungen der Unternehmer handelt, zeigt die Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Neben dieser finanziellen Wirkung ist aber vor allem die arbeitsmoralische Auswirkung des gänzlichen Fortfalls der Bedürftigkeitsprüfung, ihre Einwirkung auf die Arbeitslust und Arbeitswilligkeit sowohl der Erwerblosen, wie aber auch der übrigen beschäftigten Arbeitnehmer zu berücksichtigen.

Aus diesen moralisierenden Unternehmerbetrachtungen ergibt sich mit aller Deutlichkeit, wie man die furchtbaren Gefahren von der Arbeitsmoral abwenden kann: keine Unterstützung für die Saisonarbeitslosen und Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung für alle übrigen Arbeitslosen.

Man schaffe genügend angemessene Arbeitsgelegenheit, und der Spul von der angeblichen Gefährdung der Arbeitsmoral zerrinnt. Was die Arbeitslosen fordern, ist Arbeit; die Unterstützung ist nur Notbehelf.

Was wir brauchen sind nicht Moralpredigten, sondern Arbeitsmarktpolitik. So erfreulich die starke Entlastung des Arbeitsmarktes ist, der Rückgang ist nicht so groß, daß wir aller Sorgen ledig wären.

Ein wirksames Mittel in dieser Richtung ist die systematische und großzügige Förderung des Wohnungsbaus, hier liegt auch gleichzeitig die Möglichkeit, Umfang und Dauer der beruflichen Arbeitslosigkeit entscheidend im günstigen Sinne beeinflussen zu können.

Öffentliche Ratsfikung.

Funkstation des Völkerbundes. - Ostoberschlesisches Schulrecht.

Madrid, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch erledigte der Völkerbundsrat in öffentlicher Sitzung eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung.

Für die Presse ist ein Bericht über die Ausführung der Empfehlungen der Internationalen Pressekonferenz von 1927 von Interesse.

Auf Anlaß der Sowjetregierung war auf der letzten Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission eine Entschließung angenommen worden, wonach die Staaten, die das Genfer Giftgasprotokoll noch nicht ratifiziert haben, vom Völkerbund ermahnt werden sollten, dies baldigst zu vollziehen.

bisher nur 13 Staaten die Giftgaskonvention ratifiziert haben und 11 weitere die Absicht dazu kundgetan

haben. Es haben sich also mehr als 25 Staaten nicht gerührt!

Die Frage der Einschulung deutschsprachiger

Schulkinder in die Minderheitsschulen Ostoberschlesiens habe wiederholt in den letzten Jahren den Rat beschäftigt.

Die Möglichkeit, ungelöste Streitigkeiten in letzter Instanz vor den Rat zu bringen, bleibt vorbehalten.

Das gilt natürlich sowohl für die deutschen Minderheitsschulen in Ostoberschlesien wie für die polnischen Minderheitsschulen in Deutsch-Oberschlesien.

Endlich wurde noch beschlossen, eine internationale Konferenz für die Zusammenfassung des Völkerrechts einzuberufen, wahrscheinlich zum 13. März 1930 in dem Haag.

Am Nachmittag waren die meisten Delegierten unter Führung Primo de Rivera in Toledo, Stresemann und Schubert blieben in Madrid, teils um die wichtige Donnerstagssitzung des Rats vorzubereiten, in der das Minderheitenproblem erörtert werden soll, teils auch um Besprechungen abzuhalten.

Der Inhalt des Konkordats.

Finanzielle Belastung 1,4 Mill. Mark. - Keinerlei Bestimmung über die Schule.

Der Inhalt des Staatsvertrages zwischen Preußen und der Kurie - das Wort Konkordat ist in ihm nicht enthalten - erstreckt sich auf folgende Punkte:

Es werden zunächst die Verhältnisse in der Organisation der Kirchenverwaltung geregelt, soweit eine Neuordnung durch Wachstum der Bevölkerung und ähnliche Umstände erforderlich geworden ist.

Weiter geregelt wird die Erneuerung der Bischöfe. In Deutschland vollzieht sich die Bischofswahl unter Mitwirkung der Domkapitel, während sonst in der ganzen Welt die Bischöfe vom Papst ernannt werden.

Gegenüber der Reichsverfassung, die ja die Kirchen in ihrer inneren Verwaltung völlig freistellt, sichert der Staatsvertrag dem preussischen Staat ein gewisses Aufsichtsrecht.

Danach wird sich die Bischofswahl in Zukunft folgendermaßen vollziehen: das Domkapitel reicht beim päpstlichen Stuhl eine Liste ein, aus der der Papst drei Bewerber auswählt.

Zu diesen auf wirtschaftlichem Gebiet liegenden Maßnahmen kommen die arbeitsmarktpolitischen Aufgaben im engeren Sinne des Wortes, die zum Arbeitsbereich der Reichsanstalt gehören.

Bedenken gegen den Gemähten nicht bestehen, andernfalls unterbleibt die Bestätigung. Das gleiche gilt von der Wahl der Bischofsstellvertreter.

Weiter regelt der Vertrag die Voraussetzungen über die Bestellbarkeit zum geistlichen Amt. Auch hier hat die Reichsverfassung dem Staat die Möglichkeit eines Einflusses im Grunde entzogen.

Von besonderer Bedeutung ist die Regelung der Dotationen. Nach dem Vertrag von 1821 hat die katholische Kirche immer noch einen sehr weitgehenden Rechtsanspruch auf sogenannte Real-dotationen in der Form von Domänen, Grundstücken usw.

Naher den genannten Bestimmungen sind irgendwelche Bestim-

pfligt aller offenen Stellen; das ist die übereinstimmende Auffassung der Praktiker im Arbeitsnachweiswesen.

So stehen wir vor einer Fülle von Aufgaben, die ernsthaft in Angriff genommen werden müssen, will man wirklich am die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

mungen von Bedeutung in den Vertrag nicht aufgenommen. Insbesondere enthält der Vertrag keinerlei Bestimmung über die Schule, auch nicht in irgendwelcher indirekter Form. Das staatliche Hoheitsrecht auf dem Gebiete des Schulwesens wird also in keiner Weise angefasst.

Ebenso enthält der Vertrag — entgegen gerüchtweisen Behauptungen — keinerlei Festlegung der Pfarrerbefoldung. Dieses ist wichtig, weil gegenüber der Dotation die Pfarrerbefoldung das weit höhere finanzielle Objekt ist.

Wenn öffentlich behauptet worden ist, daß das Konkordat Preußen mit der Summe von 1,4 Milliarden Mark belaste, so schrumpft diese Zahl auf eine tatsächliche Mehrbelastung von 1,4 Millionen, das heißt auf den tausendsten Teil, zusammen.

Schließlich enthält der Vertrag auch keinerlei Bestimmungen über die Ordensgeistlichkeit.

Was seine finanzielle Seite anbelangt, so ist wohl bei den Dotationen eine Mehrbelastung erkennbar. Sie fällt aber kaum ins Gewicht gegenüber der Last, die sowohl bei jeder Staatsberatung das Zentrum im Bunde mit der evangelischen Orthodoxie eine Erhöhung der kirchlichen Staatskosten durchzubringen wußte. Hinsichtlich der Dotationen ist hier nun wenigstens ein vertraglicher Dauerzustand festgelegt. Daß die finanziellen Auswirkungen des Vertrages keineswegs tragisch zu nehmen sind, erhellt auch daraus, daß der preussische Finanzminister Höpker-Aschhoff sich neuerdings wärmstens für die Annahme des Vertrages einsetzt.

Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages wurde der Inhalt des Vertrages zwischen Preußen und der Kurie bekanntgegeben und in eingehender Aussprache erörtert. Es sprachen eine Anzahl Redner sowohl für als gegen den Vertragsabschluss. Auch von den Gegnern des Vertragsabschlusses wurde mehrfach hervorgehoben, daß zwischen dem preussischen Vertragsentwurf und dem bayerischen Konkordat ein gewaltiger Unterschied bestehe, und daß es erstenscheinlich gelungen sei, die Befürchtungen, die in der Öffentlichkeit über den Inhalt des Vertrages laut wurden, gegenstandslos zu machen. Nach mehrstündiger Debatte erfolgte die Abstimmung, die eine sehr große Mehrheit für die Vertragsannahme ergab.

Es folgte dann noch eine ganz kurze Erörterung über die Frage der Regierungsumbildung, in der Ministerpräsident Braun die Erklärung abgab, daß er jede Verbindung der Regierungsfrage mit der Konkordatsfrage bisher vermieden habe und sich auch in Zukunft einer solchen Verbindung auf das Energischste widersetzen werde. Wenn die Frage der Umbildung der Regierung einmal zur Erörterung käme, so werde sie jedenfalls mit der Frage der Zustimmung zum Vertrag zwischen Preußen und der Kurie nichts zu tun haben.

Dank für die Preußenregierung.

Und eine Ohrfeige für die deutschnationale Agitation.

In der Sitzung des Kreistages des Landkreises Fischhausen im Mai 1929 stellte die SPD. den Antrag, der Reichs- und preussischen Regierung und dem Ministerpräsidenten Otto Braun für die Hilfsmaßnahmen und für die tatkräftige Unterstützung den Dank auszusprechen. Um diesen Antrag entspann sich ein adler Wettbewerb. Der Deutschnationale Herr Redler brachte selbst folgende eigene Formulierung ein, die dann auch angenommen wurde:

„Der Kreistag Fischhausen anerkennt die Hilfsmaßnahmen der Reichs- und preussischen Staatsregierung zur wirtschaftlichen Lage Ostpreußens, insbesondere unseres Kreises. Er spricht der Reichs- und preussischen Staatsregierung seinen wärmsten Dank aus.“

Es ist bezeichnend, daß deutschnationale Landwirte sich bemühen, derselben Regierung, auf die die deutschnationale Agitation nach Leibesträften schimpft, für tatkräftige Unterstützung ihren wärmsten Dank auszusprechen!

Blamable Bescheidenheit.

Herr Dr. Curtius wirbt um die „eiserne Seele“ der Roh-eisenverbändler.

Wir haben lange auf eine Äußerung des Herrn Reichswirtschaftsministers auf die Herausforderung gewartet, mit der die Roh-eisenindustrie bei der kürzlichen Preiserhöhung auf ihr Versprechen gegenüber der Regierung gepiffen hat, vor Preisveränderungen dem Reichswirtschaftsminister sämtliche Beschlüsse und den betreffenden Schriftwechsel mitzuteilen. Bei dem anlässlich der Tagung veranstalteten Bankett des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller erfolgte nun diese Äußerung und zwar als wichtige Bemerkung in einer Tischrede. Der Wirtschaftsminister des Deutschen Reiches stellte fest, daß die Vertreter des Roh-eisenverbandes tatsächlich an den Vereinbarungen im Reichswirtschaftsministerium teilgenommen hätten. Der Wirtschaftsminister des Reiches fügte aber hinzu, daß man die „eiserne Seele“ dieser Vertreter noch gewinnen müsse.

Recht so, Herr Reichswirtschaftsminister! Werden Sie um die Seele beten, die Ihnen auf die Stiefel spudelt!

Fall Frieders.

Die Rache der thüringischen Justiz ist noch nicht gestillt.

Wien, 12. Juni.

Wie die Wiener Verteidigung des wegen fahrlässigen Faltschides verurteilten früheren Weimarer Staatsanwaltes Dr. Frieders mittelst, hat das thüringische Staatsministerium am 8. Juni das erneute dringende Gesuch der Frau Dr. Frieders um Weiterzahlung der ihr anfänglich gewährten Unterstützung für sich und ihre drei unmündigen Kinder ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Das Gesuch stützt sich auf die im thüringischen Beamtengesetz für diesen Fall vorgesehenen Bestimmungen. Ebenso hat die thüringische Regierung das erneute Gnadengesuch für Dr. Frieders abschlägig beschieden, obwohl sich für das Gnadengesuch führende Juristen aus Deutschland und Oesterreich eingesetzt haben, unter Berufung auf den bevorstehenden Fortfall des Faltschides im neuen Strafgesetzbuch und die Mängel in der Begründung des Schwurgerichtsurteils.

Die Arbeitslosigkeit sinkt.

Tendenz noch uneinheitlich.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist, wie amlich mitgeteilt wird, in der Zeit vom 15. bis 31. Mai 1929 in allen Landesarbeitsbezirken weiter gesunken. Gegenüber rund 927 000 am 15. Mai waren am 31. Mai noch 807 750 vorhanden. Es ist also ein Rückgang um rund 120 000 oder 12,9 Proz. zu verzeichnen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist etwas (um 2,1 Proz.) gestiegen, während in der Zeit vor der neuen Berichtsperiode ein gewisser Stillstand eingetreten war. Sie betrug am 31. Mai 203 031 gegenüber 198 887 am 15. Mai. In Ostpreußen arbeiteten am 31. Mai rund 108 000 gegenüber 104 000 am 15. Mai gezählt.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen dürfte nach den vorläufigen Meldungen der Landesarbeitsämter bis zum 11. Juni etwa um weitere 40 000 gesunken sein, also erstmalig in diesem Jahre

unter dem Stand von 800 000 liegen. Sie beträgt am 15. Juni wahrscheinlich in der Versicherung nur noch 750 000.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in den verschiedenen Landesteilen sehr uneinheitlich. Wir haben Arbeitsamtsbezirke, wie es z. B. im Baugewerbe an Mauern fehlt, und wieder andere Bezirke, wo die im Vorjahr begonnenen Hochbauten nunmehr fertiggestellt sind und Spezialarbeiter schon wieder zur Entlassung kommen. Im allgemeinen zeigt das Baugewerbe nicht die Beseitigung, die man eigentlich hätte erwarten sollen. Der Tiefbau weist einen wesentlich höheren Beschäftigungsgrad auf als der Hochbau. Die Besserung des Arbeitsmarktes ist im großen und ganzen bis zur Stunde immer noch nur eine Folge der Beseitigung der Saisonberufe. Die industrielle Konjunktur ist noch sehr unübersichtlich. Die hier vorliegenden Zahlen sind noch viel zu schwach für eine Voraussage. Erst in vier bis fünf Wochen wird man sich vielleicht ein Urteil bilden können.

Arbeiter als Hofminister.

Ein früherer Schuhmann als Verbindungsoffizier.

London, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Die drei traditionell von Parlamentariern der Regierungspartei besetzten Posten beim königlichen Haushalt sind von Macdonald dem Abg. Hayes, einem früheren Schuhmann, dem Abg. Ben Smith, einem früheren Autohändler und dem Abg. Thomas Henderson, einem früheren Schiffszimmermann, übertragen worden. Der erstgenannte wird als Verbindungsmann zwischen dem Hof und dem Parlament fungieren.

Macdonalds Besuch in Washington.

London, 12. Juni. (Eigenbericht.)

General Dames, der neue Botschafter der Vereinigten Staaten in London, überbringt eine überaus herzlich gehaltene Einladung des Präsidenten Hoover an Ramsay Macdonald, ihn in Washington zu besuchen. Dames trifft am Freitag ein.

Organisationskomitee einberufen.

Ende Juni Baden-Baden.

Paris, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Die Sitzung des Organisationskomitees der Reparationsbank dürfte Ende Juni in Baden-Baden beginnen. Das Arbeitsprogramm umfasst folgende Punkte: 1. Ausarbeitung der Statuten der Reparationsbank; 2. Ueberwachung der Subskription zum Gründungskapital und Vorbereitung zur ersten Aufsichtsratsitzung; 3. Anpassung der innerdeutschen Gesetzgebung, die auf Grund des Dawos-Planes erlassen worden ist (Reichsbank, Reichsbahn, Länderversicherung), an die neuen Verhältnisse unter dem Young-Plan; 4. Uebergang der Befugnisse der Dawos-Organisation an die Reparationsbank.

Kinderschutz auf dem Lande.

Eine Petition des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt.

Der Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt hat einen Vorstoß für die gesetzliche Regelung des Kinderschutzes auf dem Lande unternommen. Er hat dem Reichstag eine Petition zugestellt, in der folgende Forderungen erhoben werden:

1. Die Arbeit von eigenen und fremden Kindern unter zwölf Jahren wird verboten.
2. Eigene und fremde Kinder dürfen nur beschäftigt werden, wenn von der Beschäftigung keine gesundheitliche oder sittliche Gefährdung zu befürchten ist.
3. Eigene und fremde Kinder über 12 Jahre dürfen während der Schulzeit drei, in den Ferien vier Stunden arbeiten, aber nicht vor dem Vormittagsunterricht. Es müssen ihnen zwei Stunden Mittagspause und eine Freistunde nach dem Nachmittagsunterricht gewährt werden. Nacharbeit von 20 bis 8 Uhr und Sonntagsarbeit werden verboten.
4. Der Weg zu und von der Arbeit wird in die Arbeitszeit eingerechnet.
5. Für eigene Kinder kann die Aufsichtsbehörde, wenn die gesundheitliche, geistige und sittliche Entwicklung nicht gefährdet wird, und nach Anhören des Jugendamtes und der Schulaufsichtsbehörde über die Gefährdung, Ausnahmen gestatten.
6. Eigene Kinder, die für Dritte arbeiten, Pflegekinder und Fürsorgezöglinge, die in fremden Familien oder Anstalten untergebracht sind, sind wie fremde Kinder zu behandeln.

Die Notwendigkeit, sich um die Kinderarbeit auf dem Lande zu kümmern, geht am besten aus den Zahlen hervor, die das Statistische Reichsamt und das Statistische Landesamt in Preußen auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1925 veröffentlichten. Das Statistische Reichsamt bezieht auf Grund der Betriebszählung vom 16. Juni 1925 die im Reichsgebiete als ständige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Beschäftigten, jünger als Vierzehnjährigen mit 390 555. Es wurden gezählt: 1. ständig mitarbeitende Familienangehörige 201 307, 2. vorübergehend mitarbeitende Familienangehörige 148 214 3. Tagelöhner unter vierzehn Jahren 21 459, 4. nichtständige Arbeitskräfte 19 575, zusammen 390 555. Das Statistische Landesamt ermittelte insgesamt 113 482 Knaben, 108 622 Mädchen, zusammen 219 104 in der Landwirtschaft beschäftigte Kinder.

Der Waldenburger Skandal.

Das Disziplinarurteil gegen den Waldenburger Oberbürgermeister.

Breslau, 12. Juni.

In der vor dem Disziplinaraußenrat der Regierung Breslau geführten Verhandlung gegen den Waldenburger Oberbürgermeister Dr. Wiesner hatte die Staatsanwaltschaft in allen Instanzen die Erhebung der öffentlichen Anklage wegen Untreue fallen lassen. Nach zwölfstündiger Verhandlung verkündete

Macdonalds Reise nach Washington wird im August oder September erfolgen; ihm wird Philipp Noel Baker, der Vizepräsident der Arbeiterpartei, begleiten.

Ramsay Macdonald war bei der Ankunft in seiner Heimat Dörmowitz Gegenstand begeisterter Ovationen der gesamten Bevölkerung.

Anfechtung einer Wahl.

London, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Kandidat eines Liverpooler Wahlkreises hat auf Ungültigkeitserklärung der Wahl seines konservativen Gegners mit der Begründung geklagt, das Eingreifen eines römisch-katholischen Priesters im Wahlkampf hätte einen Einschüchterungsversuch gegen die Wähler dargestellt und die Erfolgsaussichten der Arbeiterpartei vermindert. Der konservative Vorkämpfer betrug in diesem Wahlkreis nur 209 Stimmen.

Der Vorsitzende, Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Boshall, gestern spät abends folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen § 2, Abs. 1 des Disziplinargesetzes zur höchst zulässigen Geldstrafe, die in der Entziehung des Monatsvertrages seines jährlichen Dienstvertrages besteht, bestraft.

Kommunisten-Ausschluß.

Folgen einer Rotfront-Masterrade.

Darmstadt, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Die beiden einzigen Kommunisten des hessischen Landtages wurden auf 14 Tage von den Verhandlungen ausgeschlossen, weil sie der Aufforderung des Landtagspräsidenten, nicht in Rotfrontuniform zu erscheinen und sich aus dem Sitzungssaal zu entfernen, nicht Folge leisteten. Den beiden Abgeordneten wurde gleichzeitig das Betreten des Landtagsgebäudes für die Dauer ihres Ausschlusses untersagt. Da die gegenwärtige Sommertagung in den letzten Tagen des Juni ihr Ende findet und der Landtag erst im Herbst wieder zusammentritt, verlieren die beiden Kommunisten auch während der Sommerferien ihre Rechte als Abgeordnete.

Neuer Autonomistenprozeß.

Roos verteidigt sich.

Paris, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Der Prozeß gegen den Elsäßer Autonomisten, der in Besançon, außerhalb des Elsch, geführt wird und in dem sich Roos „ditsch“ verantworten darf, hat mit der Vertiefung seiner selbstverschuldeten Verteidigungsschrift und dem anschließenden mündlichen Verhör seinen Höhepunkt erreicht. Roos, der bei seinen Ausführungen schließlich einen Dolmetscher in Anspruch nahm, erklärte mit aller Entschiedenheit, daß ein Komplott niemals bestanden und er auch nicht in Beziehung zu Deutschland gestanden, geschweige denn deutsche Gelder erhalten habe. Mit der Schutztruppe (7), als deren Führer ihn die Anklageschrift bezeichnet, habe er zu keiner Zeit etwas zu tun gehabt und sich auch nicht mit Losreisungsplänen befaßt. Roos berief sich auf die Worte des Führers der französischen Liga für Menschenrechte, das Tragischste im Kolmarer Prozeß sei gewesen, daß weder der Vorsitzende noch der Generalstaatsanwalt an ein Komplott geglaubt hätten. Frankreich, rief der Angeklagte, kann kein Interesse daran haben, die Welt glauben zu machen, daß im Elsch eine separatistische Bewegung besteht.

Im Württembergischen Landtag wurde am Dienstag ein Antrag der Sozialdemokratie, die Württembergische Gesellschaft in München aus dem Elsch zu streichen, zwar abgelehnt, gleichzeitig aber einstimmig beschlossen, sie als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen.

Der frühere Beamte der russischen Handelsvertretung in Berlin, Tolokonnikov, wurde in Moskau wegen der Annahme von Bestechungsgeldern von deutschen Firmen verhaftet.

Eine Abstellung niederländischer Seesoldaten wurde in Haag von Holland nach West-Indien eingeschifft. Das niederländische Geschwader wird am 22. Juni in Curacao einreffen. Die Banditen haben, wie erst jetzt bekannt wird, am Sonntag die Stadt Cura im Staate Falcon überfallen, zogen aber nach Kompf ab.

Graf Julius Andrássy, der letzte Außenminister der österreichisch-ungarischen Monarchie, ist in Budapest 69jährig gestorben. Schon sein Vater war Außenminister und hat 1878 den Dreibund mitbegründet. Der jetzt Verstorbene war Hauptvorsitzender der Legationisten, die Habsburg wiederhaben wollten.

In Marokko sind französische und marokkanische Soldaten in einen Hinterhalt gefallen. Die französischen Verluste betragen 110 Tote einschließlich 6 Offizieren.

Sinrichtung verschoben.

Den „Versöhnern“ wird eine Gnadenfrist gegeben.

In der Mittwochmittagssitzung des kommunistischen Parteitag sprach endlich ein Vertreter der kommunistischen Internationale. Aber es war nicht Manuilski, den man erwartete, sondern Semard, der Führer der französischen Kommunisten. Er analysierte etwa anderthalb Stunden lang in ähnlicher, wenn auch schwingungsvoller Weise die internationale Lage, wie es Thälmann vorher schon sechs Stunden lang getan hatte. Aus seinen Ausführungen war bemerkenswert, daß er MacDonald, also die Arbeiterregierung in England, beschuldigte, gemeinsam mit Hermann Müller in Deutschland und Paul-Boncour in Frankreich die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland weiterzuführen.

Mit erhobener Stimme erklärte er, daß sich die Exekutive der kommunistischen Internationale mit den Kämpfen in Berlin solidarisch erkläre. Die Berliner Barrikadenkämpfe seien ein Teil des Kampfes des Proletariats gewesen, sie beschleunigten die revolutionäre Situation, sie seien eine Vorbereitung zum bewaffneten Aufstand.

Die kommunistische Internationale und insbesondere die kommunistische Partei Deutschlands würden daraus ihre Erfahrungen für die Vorbereitungen des Aufstands „in einer alten revolutionären Situation“ ziehen. Semard versuchte sich recht vorsichtig auszudrücken, aber trotzdem erhielt diese Stelle stürmischen Beifall, als sie in der deutschen Uebersetzung vorgelesen wurde.

Nach einer längeren Kampfanfrage an „Sozialisten“ und „Reformisten“ kam der Redner dann auf die „Versöhnler“ zu sprechen. Er warf ihnen vor, daß sie jetzt die Rolle der „Rechten“ in der Partei übernommen hätten. Er zählte eine Anzahl von Punkten auf, in denen sie sich gegen die Beschlüsse vergangen hätten. Der Parteitag sei jetzt verpflichtet, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber eine letzte Frist soll den „Versöhnern“ noch gegeben werden. Sie dürfen keine Memier in der Partei bekleiden, und wenn sie sich nicht schleunigst und gründlich bessern, dann soll ihnen das gleiche Schicksal bereitet werden, wie den „Liquidatoren“, den „Rechten“ und den anderen Renegaten. Die Delegierten bekräftigten diese Drohung aufs lebhafteste.

In der vorausgegangenen Diskussion führte der preussische Landtagsabgeordnete Benjamins Beschwerde darüber, daß unter Führung Ebersteins eine Mehrheit in der Fraktion nach den Reumachten beschlossen hatte, nicht nur einen Präsidenten zu stellen, sondern ihm auch die Abgabe einer Erklärung zu gestatten, wonach er die Bestimmungen der Geschäftsordnung anerkennen und durchzuführen wolle. Das sei ein neuer Beweis für den Reformismus, der sich in der kommunistischen Partei breitmache. Er fragte die „Versöhnler“ Ewert, Meyer usw., ob sie ihre Mandate niederlegen wollten. Werden sie es tun?

Es sei noch angemerkt, daß vor Beginn der Rede Semards vom Präsidium der Befehl ausgegeben wurde: „Die Delegierten und Ordner an ihre Plätze! Die Türen sind geschlossen zu halten!“ In der Tat durfte stundenlang niemand mehr herein, noch hinaus. Warum diese „revolutionäre“ Angst? Anders als in Rußland ist doch in dem „sozialistischen“ Deutschland die Meinung anderer als der offiziell anerkannten Meinungen gestattet!

Die Sowjetbureaukratie.

1 130 000 Sowjetbeamte, davon nur 7 Proz. Kommunisten.

Moskau, 11. Juni. (Ost-Express.)

Nach amtlichen Angaben beträgt die Zahl der Sowjetbeamten 1 130 000, wovon 12 Prozent höhere, 45 Prozent mittlere und 43 Prozent untere Beamte sind. Bemerkenswert ist, daß 75 Prozent der Sowjetbeamten im Alter von 17 bis 34 Jahren stehen, unter den höheren Beamten 50 Prozent. Der Prozentsatz der früheren zaristischen Beamten beträgt 4, der der Kommunisten 7.

Tadel für Paul Boncour.

Beschluß des französischen Parteitages.

Paris, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Parteitag in Nancy stand von Anfang an mehr im Zeichen innerer Sammlung, als dem tragischer Gegenlage. Die Arbeit der Resolutionskommission war auf Ausgleich gerichtet. Die Entscheidung im Fall Baranne, des früheren Gouverneurs von Indochina, der wegen mangelnder Disziplin aus der Partei ausgeschlossen worden war und Wiederaufnahme nachgesucht hat, wurde vertagt. Die Fälle Paul Boncour und Biancette fanden eine Kompromißlösung: ohne daß ihr Name direkt genannt wird, bedauert der Parteitag in einer Entschließung ganz allgemein die vorgekommenen Disziplinmängel und fordert die sozialistische Kammerfraktion auf, künftig die Uebernahme von Memiern in Kommissionen durch ihre Mitglieder scharf zu überwachen und diese gegebenenfalls zur Niederlegung der Funktion zu bestimmen. Das ist eine Mißbilligung der Haltung Paul Boncour bei der Beratung der Kongregationsgesetze. Paul Boncour ist dem Parteitag ferngeblieben und hat also auf Verteidigung von vornherein verzichtet.

Der letzte Verhandlungstag war mit der sehr lebhaften Diskussion über die Sozialversicherungsgesetze ausgefüllt. Der Wille der Arbeiterschaft, eine Inkraftsetzung der stark verschlechterten Gesetze mit allen Mitteln zu verhindern, wurde gehäufig zum Ausdruck gebracht.

Auf einem großen Meeting in Nancy sprachen Léon Blum, Renaudel und Faure und Rodighiani. Blum legte dar, daß die sozialistische Partei immer die Partei der konstruktiven Aufbau gewesen sei; er gab einen Ueberblick über die Haltung der Partei zur Reparationsfrage seit dem Versailler Vertrag und bewies, daß noch stets die Sozialisten in ihren Forderungen Vornehmgenommen haben, zu denen sich viel später auch die anderen Parteien bekamen.

Eine lohnende Aufgabe für Suad.

Seine Regierung läßt sozialistische Korrespondenten nicht ins Land.

Haifa, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Die ägyptische Regierung hat die Einreise des SPD-Korrespondenten in Palästina nach Ägypten nunmehr entgegen ihrer anfänglichen Zusage endgültig abgelehnt. Die Vereinigung der Auslandskorrespondenten in Palästina hat gegen das Verhalten der ägyptischen Regierung bereits scharfen Protest eingelegt.

Der Gemeindevorstand des Braunschweiger Landtages nahm die Regierungsvorlage über die Bildung der Stadtgemeinde Solingen an.

Der Standpunkt der Schwerindustrie.



„Nieder mit dem Young-Plan, der Deutschlands Verflorung auf 60 Jahre bedeutet!“



„Wobei natürlich jede Erleichterung der gespannten Finanzlage des Reichs nach Annahme des Young-Plans der Industrie zugute kommen muß!“

Hilferding über die Anleihe.

Die Bankfachverständigen haben sich geirrt. — Dennoch wesentliche Erleichterung.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt wollte in der Mittwochmittagssitzung das Staatsgesetz verhandeln und damit seine Beratungen des Hauptstaats für 1929 abschließen. Es kam jedoch nicht dazu. Im § 6 des Staatsgesetzes sind Bestimmungen über Verzinsung und Tilgung einer von der Deutschen Luft-Hansa A.-G. unter Garantie des Reichs aufzunehmenden Anleihe bzw. aufzunehmenden Darlehens enthalten. Diese Bestimmungen gaben sachlich und staatsrechtlich Anlaß zu einer längeren Debatte, in der über die Zweckmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der getroffenen Regelung so große Meinungsdivergenzen zutage traten, daß die Beratung des betreffenden Paragraphen zunächst ausgesetzt wurde. Alle übrigen Paragraphen des Staatsgesetzes wurden nach kurzer Aussprache gemäß dem Vorschlag der Regierungsparteien genehmigt.

Nach Abschluß dieser Beratung fragte der deutschnationale Abgeordnete Hergt, was nun zur Deckung des Defizits und zur Sanierung der Kassenlage geschehen solle, nachdem die neue Anleihe an Stelle eines Bedarfs von 500 Millionen nur etwa 180 Millionen erbracht habe. Er führte den Vorschlag auf das mangelnde Vertrauen des deutschen Volkes in die jetzige Reichsfinanzwirtschaft und auf die Unzufriedenheit mit dem Pariser Ergebnis zurück. Seine Parteifreunde würden im Plenum die Folgerungen daraus ziehen.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding antwortete, daß aus den schon oft dargelegten Gründen die Aufnahme kurzfristiger Kre-

dite für ihn nicht möglich gewesen sei. Im Mai hätte sich die Kassenlage besonders schwierig gestaltet, so daß er vor der Notwendigkeit gestanden habe, besondere Maßnahmen zu ergreifen. Eine langfristige Auslandsanleihe sei aus reparationspolitischen Gründen nicht möglich gewesen. Es blieb also nur der Weg einer Inlandsanleihe, und er müsse immer wiederholen, daß niemand einen anderen Weg gezeigt habe. Sachverständige Bankkreise hätten einen guten Erfolg der Anleihe vorausgesagt. Dieser Erfolg sei nicht eingetreten. Immerhin habe die Anleihe auch mit ihrem jetzigen Ergebnis ihre Hauptfunktion, einen Ueberbrückungsvorschuß für den Ultimo zu erhalten, erfüllt. Die Aufnahme kurzfristiger Kredite am Ultimo werde sich jetzt in der angegebenen Höhe erübrigen. Den Kassen der Versicherungsträger und sonstiger Körperschaften habe die Anleihe keinen Anreiz geboten, weil sie nicht von der Körperschaftsteuer befreit sei. Die vom Abgeordneten Hergt wegen der mangelnden Zeichnung von den Kassen der Versicherungsträger gezogenen Schlußfolgerungen seien daher irrig. Auch bei den Banken sei die feste Uebernahme der Anleihen nicht durchzusetzen gewesen, weil einer der Hauptanreize der Anleihe die Befreiung von der Körperschaftsteuer für die vom Erkläser selbst gezeichneten Stücke gewesen sei. Auch hier gehen die Schlußfolgerungen des Fragestellers also fehl.

Die nächste Sitzung des Ausschusses wird vermutlich erst in der nächsten Woche stattfinden.

Beschwerde gegen Bethlen.

Kleine Entente protestiert gegen Denkmalsrede.

Budapest, 12. Juni.

Das ungarische Telegraphenkorrespondenzbureau meldet: Im Verlauf des Empfangs der ausländischen Diplomaten suchte zunächst der Budapest-Gesandte der tschechoslowakischen Regierung, später der Budapest-Gesandte des Südslawiens und der Gesandte Rumäniens den Minister des Auswärtigen Ballo auf. Sie legten dar, daß die Gedenkrede, die Ministerpräsident Graf Bethlen am 26. Mai bei der Einweihung des Denkmals für die gefallenen Helden hielt, ihre Regierungen peinlich berührt habe. Sie brachten dem Minister des Auswärtigen zur Kenntnis, daß sie in Zukunft an ähnlichen Feierlichkeiten nicht teilnehmen werden. Zugleich teilten sie auch mit, daß ihre Regierungen die ungarischen Manifestationen gegebenenfalls auch vor einer internationalen Instanz zur Sprache bringen würden.

Minister des Auswärtigen Ballo legte in seiner Antwort dar: Der Standpunkt der ungarischen Regierung, daß der Friedensvertrag ungerecht und daher abzulehnen sei, — worauf sie durch Inanspruchnahme friedlicher Mittel ständig hinarbeite — sei allgemein bekannt. Diesen Standpunkt habe Ministerpräsident Graf Bethlen in ungarischen Abgeordnetenhäusern bereits in mehreren Fällen dargelegt und auch in seiner Rede vom 26. Mai betont. Was die Teilnahme der Gesandten an ähnlichen Feierlichkeiten betrifft, wies der Außenminister darauf hin, daß die ungarische Regierung die Praxis verfolgt, zu den wichtigen Feierlichkeiten das diplomatische Korps einzuladen. Sollten einige Mitglieder des in Budapest akkreditierten diplomatischen Korps es für richtig halten, bei gewissen Feierlichkeiten nicht zu erscheinen, so bleibe dies ihrem eigenen Urteil überlassen. Auch die Gesandten Ungarns seien ja bei gewissen Festlichkeiten der Nachbarstaaten nicht erschienen.

Die Amnestie in Rumänien.

Bujor bleibt weiter in Haft!

Die rumänische Regierung hat anfänglich des Zehnjahrestages der Reichseinheit das Dekret über die Amnestie erlassen, und zwar für alle von Inländern bis zum 1. Dezember 1928 begangenen politischen Vergehen, wegen deren ein rechtskräftiges Urteil noch nicht ausgesprochen wurde, und für die bereits abgeurteilten politischen Vergehen Strafnachlässe. Die Amnestierung der Militär- und sonstigen Delikte gemeinen Rechts wird, der Befassung entsprechend, dem Parlament vorbehalten. Durch die Strafnachlässe werden eine Reihe kommunistischer und sozialdemokratischer Häftlinge befreit. Aber die Schande, daß Bujor weiter im Gefängnis von Dastana dahinsiechen wird, daß die des Rechtsbewußtsein aufs tiefste verletzenden Urteile gegen Dobrogeanu und Stefanoff nicht revidiert werden, hat diese Amnestie nicht beseitigt. Dem Genossen Bujor wird durch die Amnestie die lebenslängliche in 20jährige Zwangsarbeit umgewandelt.

Davon hat er neun Jahre verbüßt — und soll nun weitere elf Jahre die unbeschreiblichen Leiden ertragen. Für Boris Stefanoff und A. Dobrogeanu wurde die Strafe von acht auf sechs Jahre Gefängnis herabgesetzt. Die rumänischen Genossen führen den Kampf um eine wirkliche Amnestie, die alle Opfer der Justizwillkür und Unterdrückung befreit, weiter.

Terror gegen Terror.

Attentate auf litauische Polizisten.

Unbekannte schleuderten durch das offene Fenster eine Handgranate in die Wohnung des Polizeiphells Kraut in Wilkonia. Kraut wurde lebensgefährlich verletzt. Die Täter sind erwischt. Terrorakte gegen Polizeibeamte und Vertrauensleute der Polizei nehmen in Litauen mit jedem Tage zu.

Amerikanische Arbeiterpartei.

Ein neuer Versuch.

New York, 12. Juni. (Eigenbericht.)

Eine Gruppe von 150 führenden amerikanischen Sozialisten, Gewerkschafts- und Arbeiterführern hat beschlossen, eine neue fortschrittliche Arbeiterorganisation in den Vereinigten Staaten unter dem Namen „Progressive Labor Action“ ins Leben zu rufen. Die neue Organisation wird sich in erster Linie der Erziehung der amerikanischen Arbeitermassen und ihrer gewerkschaftlichen Organisation annehmen und wird außerdem dem Studium amerikanischer Wirtschaftspragen ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Der neuen Partei gehören neben anderen führenden Sozialisten Fortschrittler der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, wie Maurer, und der sozialistische amerikanische Präsidentschaftskandidat in den letzten Wahlen, Norman Thomas, an.

Dieser Versuch, Gewerkschaften und Sozialistische Partei zu praktischer politischer Tätigkeit zusammenzubringen, ist nicht der erste seiner Art. Er hat unmittelbar nach dem Kriege zur Präsidentschaftskandidatur des bürgerlichen Radikalen La Follette, aber nicht zu einem dauernden Erfolg geführt. Ob diesem zweiten Versuch ein größerer Erfolg beschieden sein wird, hängt wesentlich ab von der Haltung der eigentlichen Gewerkschaftsführer, zu denen man Maurer nicht zählen kann.

Strafverfolgung eines bayerischen Kommunisten. Das Plenum des bayerischen Landtags hat den kommunistischen Abgeordneten Dreffel zur Strafverfolgung freigegeben. Dreffel hat sich im März dieses Jahres in München an die Spitze eines Erwerbslosen-zuges gestellt und beim Erscheinen der Polizei die Demonstration zum Widerstand und zu Tätlichkeiten aufgeföhrt, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam und mehrere Personen verwundet wurden.

Zwanzig Jahre Hermannplatz.

Seitdem Männer aus dem Volke in die Berliner Kommunalverwaltung berufen wurden, und die Sozialdemokratie führenden Einfluß auf die Lösung der Verkehrsprobleme nahm, hat auch die Verkehrsproblematik eine Wandlung erfahren.

Vor dem Kriege wurden die meisten Mittel für den Ausbau der Verbindungen nach dem Westen ausgegeben. In die reinen Wohnviertel der arbeitenden Volksschichten führten nur einige Straßenbahnverbindungen. Die damaligen Verkehrsplaner haben nicht daran gedacht, daß die Arbeitszeit des Arbeiters erheblich verlängert wird, wenn er den langen Weg zum Arbeitsplatz in einem langsamen Verkehrsmittel zurücklegen muß. Erst nach dem Krieg kam endlich die Erschließung der Arbeiterviertel durch Schnellbahnen. Die Verkehrsplaner veränderten das Straßenbild vollkommen. Und wer heute etwas über den Hermannplatz geht, denkt sicher nicht mehr daran, daß dort noch vor knapp hundert Jahren der Weg nach Berlin durch Wiesen und Felder führte. Der Hermannplatz bestand aus einer Wegkreuzung, an der ein Gasthaus „Der Rollkrug“ stand. Erst im Jahre 1867 wurde ein ständiger Postverkehr nach Berlin unter dem hoch klingenden Namen „Postexpedition Berlin-Rixdorf“ eingerichtet. Ungefähr zur gleichen Zeit fuhr dann auch die erste Postaglerutsche nach Berlin. Ein Rixdorfer hatte die Omnibuslinie eingerichtet. An dem letzten Rollkrug erwartete auch der Landgendarm, der mit dem letzten Kaiser in demselben Regiment gedient hatte, alljährlich einmal seinen Kaiser, der zu Herrn Herbera nach dem Rittergut Brix fuhr. Dem Landgendarm schüttelte Wilhelm jedesmal die Hand. Eifrige Byzantiner kauften dann dem Landgendarmen den Handschuh, den der Kaiser angefaßt hatte, ab, wie sie es denn auch fertigbrachten, Zigarettenstummel, die Wilhelm wegwarf, aufzufischen und aufzuheben. Als die Nachfrage nach diesen „Reliquien“ zu groß wurde, legte sich der Landgendarm ein Warenlager in weißen Handschuhen hin und verkaufte flott nicht nur rechts, sondern auch, wenn er mal keine anderen hatte, linke Handschuhe. Es war für ihn eine recht nette Nebeneinnahme, die eines Tages ihren Abschluß fand, als die Rixdorfer feststellten, daß viel zu oft linke Handschuhe verkauft waren, die Wilhelm unmöglich berührt haben konnte.



Der alte Rollkrug auf dem Hermannplatz im Jahre 1909.

Ueber den Untergrundbahnbauten wuchs das neue Warenhaus in die Höhe. Die angrenzenden Straßen Kottbusser Damm und Urbanstraße wurden verbreitert und für Massenerkehr eingerichtet. Die Hasenheide und Hermannstraße werden folgen, so daß der Hermannplatz in Kürze der Schlußpunkt von sieben Hauptverkehrsstraßen sein wird. Nachdem der Warenhausbau ausgeführt ist, wird der Hermannplatz seine endgültige Gestalt erhalten, die eine schnellere Abwicklung des Verkehrs ermöglichen wird. Am Hermannplatz ist auch das Problem, den Massenerkehr von der Unter-

grundbahn ohne Benutzung der Straßen in bestimmte Gebäude überzuführen, gelöst worden.

Die neuzeitliche Technik hat den Traum der Verkehrsplaner, die Massen von der Straße wegzufangen, restlos erfüllt. Am Hermannplatz kann man ohne Benutzung der Straße von der Untergrundbahn in das Warenhaus gelangen. Auch die viertausend Angestellten betreten die Straßen überhaupt nicht. In kürzester Zeit gelangen sie vom U-Bahnhof in das Haus. Im Hause selbst wird jeder durch Rolltreppen und Fahrstühle weitergebracht. Der Bahnhof im Warenhaus ist ein Meisterwerk der Technik. Die Halle ist 25 Meter lang, 14 Meter breit und liegt im Schnittpunkt der beiden Untergrundbahnlinien. Von der einen führt eine Freitreppe in die Vorhalle, von der anderen ein Tunnel. Der Bau dieser Empfangshalle war eine der schwierigsten Aufgaben bei dem Bau. Die Sohle der Halle befindet sich ungefähr acht Meter unter der Straße. Während des Baues mußten Tag und Nacht die Pumpen arbeiten. Dann erst konnte die Baugrube ausgeschachtet werden.

Der Verkehr ist in den letzten Jahren laminarartig gewachsen. Allein der Ausbau der Schnellbahnen unter der Erde hatten es ermöglicht, trotzdem den Massenerkehr in kürzester Frist abzuwickeln. Schnellbahnen kürzen dem Arbeiter immer den Weg zur und von der Arbeitsstelle und verlängern seine Freizeit. Es ist wichtig, daß nicht nur in der Innenstadt das Bahnnetz ausgebaut wird, sondern daß die Schnellbahnen weit in die Quartiere der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten hineingeführt werden.



Der heutige Hermannplatz mit dem neuen Warenhaus.

Jack London:

54) Lockruf des Goldes

(Berechtigte Uebersetzung von Ermin Magnus).

So waren Sie, zu seiner großen Erleichterung, mitten in einem Gespräch, das sie beide interessierte.

„Ich kann mich wirklich nicht erinnern, wann ich das erstmal zu Pferde saß,“ erzählte sie. „Ich bin auf einer Ranch geboren, wissen Sie, und man konnte mich nicht von den Pferden wegbringen. Die Liebe für sie muß mir angeboren sein. Mit sechs Jahren hatte ich mein erstes eigenes Ponym. Mit acht mußte ich, was es heißt, den ganzen Tag mit Vater zusammen auf einem Pferderücken zu verbringen. Ich war noch nicht elf Jahre alt, als er mich schon mit auf die Hirschjagd nahm. Ohne Pferd bin ich verloren. Ich hasse das Leben in den vier Wänden, und ohne Rab wäre ich, glaube ich, längst krank oder tot.“

„Sie lieben das Landleben?“ fragte er und sah im selben Augenblick in ihren Augen zum erstenmal einen hellen Schimmer.

„Ebenso sehr, wie ich die Stadt verabscheue,“ antwortete sie. „Aber eine Frau kann sich auf dem Lande nicht ihr Brot verdienen. So richte ich es mir ein, so gut ich kann — zusammen mit Rab.“

Und dann erzählte sie mehr von ihrem Leben auf der Ranch, bevor ihr Vater starb. Daylight war sehr zufrieden mit sich. Sie waren dabei, miteinander bekannt zu werden. In der halben Stunde, die sie nun zusammen waren, hatte es noch nicht eine Pause in der Unterhaltung gegeben.

„Wir stammen ungefähr aus derselben Gegend,“ sagte er. „Ich bin im östlichen Oregon aufgewachsen, und das ist nicht weit von Siskiyou.“

Im nächsten Augenblick hätte er sich die Zunge abbeißen können, denn sie fragte schnell:

„Woher wissen Sie, daß ich aus Siskiyou bin? Ich bin sicher, daß ich es nie erwähnt habe.“

„Ich weiß nicht,“ sagte er verlegen. „Argendwo habe ich es gehört.“

In diesem Augenblick schlich Wolf leicht und lautlos wie ein Schatten heran, ihr Pferd scheute erschrocken, und so kam er verhältnismäßig leicht über die peinliche Situation hin-

weg, indem er ihr eine Zeitlang von Mastahunden erzählte, bis das Gespräch wieder auf Pferde kam. Und über Pferde unterhielten sie sich während des ganzen Aufstiegs und während des Abstiegs auf der anderen Seite.

Während sie sprach, hörte er ihr aufmerksam zu, folgte aber gleichzeitig seinen eigenen Gedanken und Empfindungen. Es war kühl von ihr, im Herrenstiz zu reiten, und im Grunde war er sich doch nicht recht klar darüber, ob es ihm gefiel oder nicht. Seine Vorstellungen von Frauen waren etwas allmodisch; sie stammten aus seinen ersten Tagen in den Grenzgegenden, wo er nie eine Frau anders als im Damensitz hatte reiten sehen. Er war in der Anschauung ausgewachsen, daß Frauen zu Pferde keine Zweifelhier waren. Es hatte etwas Ueberraschendes für ihn, sie hier wie einen Mann im Sattel zu sehen. Aber gleichzeitig mußte er gestehen, daß der Anblick ihm zusagte.

Noch zweierlei überraschte ihn. Erstens die goldenen Punkte in ihren Augen. Seltsam, daß er sie noch nie bemerkt hatte. Waren sie in der Beleuchtung im Kontor nicht dagewesen, kamen und gingen sie? Nein, es waren Farbpunkte — eine Art zerstreuten, goldenen Lichts. Es war auch eigentlich nicht golden, aber doch eher golden als sonst eine Farbe, die er kannte. Eine Schattierung von Gelb war es bestimmt nicht. Die Gedanken eines Liebenden sind immer bunt, und es ist zweifelhaft, ob sonst irgend jemand auf der Welt Dede's Augen golden genannt haben würde. Aber Daylight befand sich in einer milden, weichen Stimmung, und da es ihm gefiel, sie sich golden zu denken, so waren sie eben golden.

Und so natürlich war sie. Sie hatte so gar nichts Gezieretes oder Eingebildetes an sich — mit diesen Ausdrücken unterschied er die Dede zu Pferde von der Dede im Kontor, die er kannte. Aber während er sich darüber freute, daß alles so glatt ging, und daß sie sich soviel zu sagen hatten, hatte er doch ein bedrückendes Gefühl. Er war ein Mann der Tat, und er wünschte sie, Dede Watson, zur Frau; er wünschte, daß sie ihn liebte; und er wünschte, daß dies sofort strahlende Wirklichkeit werden sollte. Er war gewohnt, Entscheidungen schnell zu treffen, gewohnt, Menschen und Dinge nach seinem Willen zu beugen, und fühlte nun, wie die alte Herrschsucht ihn anstachelte. Er wünschte, ihr zu erzählen, daß er sie liebte, daß sie ihn unbedingt heiraten mußte. Und doch widerstand er dem Antriebe. Frauen waren flatterhafte Geschöpfe, und hier war es vielleicht ein Fehler, sich die Nacht anzueignen. Er erinnerte sich aller seiner alten Jägerschliche, wie er geduldig gemartet hatte, zum Schuß zu kommen, wenn Leben oder Tod davon abhing. Und wenn auch vielleicht nicht ganz

soviel, so bedeutete dieses junge Mädchen doch recht viel für ihn — jetzt mehr den je, als er neben ihr ritt und sie, so oft er es wagte, ansah, wie sie in ihrem Reittleide, fest, fast männlich und doch in jeder Linie Weib, zu Pferde saß, lächelte, lachte und sprach, Schimmer des sonnigen Tages und der warmen Blut des Sommerwindes auf den Wangen.

Am nächsten Sonntag, waren Reiter, Pferd und Hund wieder draußen in den Piedmont-Bergen. Und wieder ritten Daylight und Dede nebeneinander. Aber diesmal hatte sich in die Ueberraschung, ihn zu treffen, etwas wie Mißtrauen gemischt. Sie ließ Daylight fühlen, daß sie ihm nicht glaubte; er gab vor, in der Nähe von Blair Park einen großen Steinbruch gesehen zu haben, und erklärte ihr unverzüglich, daß er daran dachte, ihn zu kaufen. Die Flegel, in die er nun einmal Geld gesteckt, hatte ihn auf die Idee gebracht, und so schlug er vor, sie anzusehen.

Er verbrachte mehrere Stunden in ihrer Gesellschaft, und sie war die ganze Zeit dieselbe wie früher, natürlich, ungekünstelt, munter, lächelnd und lachend, ein guter Kamerad, der mit unverminderter Begeisterung von Pferden sprach und sich mit dem mürrischen Wolf zu besprechenden suchte. Sie sprach den Wunsch aus, Bob reiten zu dürfen, in den sie, wie sie erklärte, mehr verliebt sei, als sie es je sonst gewesen. Aber Daylight erhob Einwände. Bob hätte die gefährlichsten Einfälle, und er könnte keinen darauf reiten lassen, es sei denn seinen schlimmsten Feind.

„Sie meinen, ich verstehe nichts von Pferden, weil ich ein Mädchen bin,“ ereiferte sie sich. „Aber ich bin so oft abgeworfen worden, daß ich mir etwas darauf einbilden kann. Und ich bin nicht gerade auf den Kopf gefallen. Ich würde nie versuchen, ein Pferd zu reiten, das ausschlägt. Soviel habe ich doch gelernt. Aber sonst fürchte ich nichts. Und daß Bob nicht ausschlägt, sagen Sie ja selbst.“

„Aber Sie haben noch nicht gesehen, was er für Gefährten macht,“ beharrte Daylight.

„Vergessen Sie nicht, daß er nicht der erste ist, mit dem ich zu tun habe. Ich habe Rab an die elektrische Bahn, an Lokomotiven und Automobile gewöhnt. Als ich sie bekam, war sie ein ganz rohes Füllen vom Lande. Sie hatte eben gelernt, den Sattel zu tragen, das war alles. Uebrigens werde ich Ihrem Pferd keinen Schaden zufügen.“

Halb wider Willen gab Daylight nach, und an einer verkehrslosen Stelle des Weges tauschten sie Sättel und Zügel. (Fortsetzung folgt.)

„Eine stark spekulative Natur.“

Aus den Geständnissen des Herrn v. Waldow. — Stinnes jun. erzählt.

Zu Beginn des gestrigen 10. Verhandlungstages stellte Staatsanwalt Berliner den Antrag, die Protokolle zu verlesen, in denen die Geständnisse und Aussagen des Angeklagten v. Waldow in der Voruntersuchung niedergelegt worden sind, um den medizinischen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich ein Bild des Charakters v. Waldows zu machen. Nach fast einstündiger Beratung beschloß das Gericht, die Vernehmung Waldows verlesen zu lassen, deren Erörterung mehrere Stunden ausfüllen dürfte. In dem Protokoll vom 7. August 1927 erklärt v. Waldow, aus welchen Gründen Stinnes sich auf das Anleihengeschäft eingelassen hätte. Stinnes, der damals 2 Millionen Schulden gehabt habe und eine stark spekulative Natur gewesen sei, habe den erwarteten Millionenreingewinn sehr gern mitnehmen wollen. Auch er selbst, v. Waldow, habe geglaubt, seine Lage durch diese Transaktion wesentlich verbessern zu lassen.

In dem „Geständnis“ vom 10. August 1927 schiebt dann v. Waldow die gesamte Verantwortung auf Rothmann, den er als den „Leibjuden Stinnes“ bezeichnet. Rothmann, der als „christlicher Jude“ der konynende Mann im Hause Stinnes gewesen sei, habe dem Junior auseinandergesetzt, daß man mit einer Million Mark 450 000 R. verdienen könne. Diese Aussicht habe Stinnes gebildet, und so habe er in das Geschäft gewilligt, von dem man vom ersten Tage an gewußt habe, daß es unrichtig sein werde. Er, Waldow, habe schon nach den beiden ersten Reisen nach Paris gewußt, daß das Geschäft unrentabel sei und habe dem Junior das offen gesagt. Darauf habe Stinnes geantwortet: „Ich will davon nichts wissen. Das ist Ihr Geschäft.“ Bei diesen Worten habe Stinnes in einer Weise gelächelt, die er als Krinsen empfunden habe. Die Frage v. Waldows, ob Stinnes ihm helfen würde, wenn die Sache zum Klappen käme, habe der Junior bejahend beantwortet. Waldow schilderte dann ausführlich seine Verhandlung mit Schrandt und Hendric in Amsterdam. Weiter sagt er in dem Geständnis über eine Unterhaltung mit Stinnes aus, bei der man sich über die Taktik unterhalten habe, wenn die Staatsanwaltschaft die Sache verfolge. Stinnes erklärte, er würde Rothmann gern entlassen, weil er ihn in die fatale Situation hineingeritten habe, doch brauche er Rothmann als Hauptzeugen. Er werde jedoch die Sache so darzustellen versuchen, als ob er, Stinnes, von seinem eigenen Gelde keinen Pfennig in das Geschäft gegeben habe.

Im Protokoll vom 7. und 8. September 1927 befaßt v. Waldow Stinnes und Rothmann erneut sehr schwer und behauptet, daß Stinnes über alle Einzelheiten durch Rothmann unterrichtet gewesen sei. Waldow habe bei der Unterredung Ende Mai 1927 Stinnes ins Gesicht gesagt:

„Herr Stinnes, tun Sie doch nicht so. Sie haben doch alle Einzelheiten gewußt. Jetzt soll ich als Alleinschuldiger in der Sache sitzen bleiben.“

Darauf habe Stinnes ihm zugesagt, daß er Waldow schützen werde. Vorher, nachdem Herr v. Waldow, Ihnen die Protokolle vorgelesen sind, befrage ich Sie, ob Sie Ihre bisherigen Angaben in der Hauptverhandlung aufrecht erhalten. v. Waldow: Jawohl, aber ich verweigere weitere Ausfagen, wenn nicht meine Interessen, die ich selbst angelegt habe, verletzen wird. Nach einer kleinen Pause nahm Hugo Stinnes das Wort und erklärte: Ich habe, als mir v. Waldow und Rothmann das Geschäft portrug, auch nicht einen Augenblick den geringsten Zweifel gehabt, daß es sich um ein in jeder Beziehung faires und einwandfreies Geschäft handele. Ich gehe auf die Einzelheiten des Geschäfts, das ich als Gelegenheitsgeschäft bezeichnen möchte, bei meinen späteren Ausführungen ein. An dieser Stelle muß ich nun schon hinzufügen, daß Waldow und Rothmann es ebenso wenig, wie irgend ein anderer Beamter der Firma gewagt hätten, mir ein zweideutiges Geschäft zu unterbreiten. Ich weiß und möchte es deshalb schon hier sagen, daß, wenn man mit der Logik der Juristen nachträglich an das Geschäft herantritt, man mir Gesichtspunkte entgegenhalten kann, die mich hätten stutzig machen müssen. Ich mache mir selber den Vorwurf, daß ich das Geschäft nicht besser geprüft und Juristen zugezogen habe. Das tut man aber in geschäftlichen Leben nur selten und eigentlich nur dann oder erst dann, wenn man wegen besonderer juristischer Schwierigkeiten und Formulierungsbedenken bekommt. Ich habe keinerlei Bedenken gehabt und habe mich natürlich auf meinen Mitarbeiter verlassen. Auch die Mitteilungen im Verlauf des Geschäfts haben mich nicht einen Augenblick bedenklich gemacht, daß die Ansprüche überhaupt nicht erfüllten. Ich hatte den Eindruck, daß die Nachprüfung sehr sorgfältig erfolgte, was ich nur als richtig erkannte, aber daß es den Allwissberechtigten schwer sei, alle Nachteile ihrer Ansprüche in der vom Kommissar gewünschten Form beizubringen. Waldows spätere Mitteilungen ließen die Schlussfolgerung zu, daß die Bank in Holland in dieser Verlegen-

heit sich unserer Methoden bediente. Auf Grund dieser Aufklärung habe ich nur den einen Gedanken gehabt:

Heraus aus dem Geschäft, ohne daß der Name Stinnes genannt wird.

Ich habe Waldow auf das bestimmteste eingeschärft, sich niemals an einer unkorrekten Handlung zu beteiligen und nur dafür zu sorgen, daß ich mein Geld wieder bekam. Ich habe schon in diesem Augenblick gefühlsmäßig damit gerechnet, daß angesichts der Schwierigkeiten nur Reuebefug gegeben würde. Es war für mich aus Waldows Schilderung, Anfang Juni, klar, daß, um einen kaufmännischen Ausdruck zu gebrauchen, Waldow es mit Leuten zu tun hatte, die ich nicht in meinen Büchern haben wollte. Ich habe Waldow deshalb nochmals besonders darauf hingewiesen, darauf zu achten, daß diese Leute uns nicht um unser ganzes Geld brachten. Ich mache keinen Hehl daraus, daß, nachdem Waldow mir die ersten keineswegs klaren Bedenken über die Methoden von Schrandt und Genossen erzählt hatte, ich mir die schwersten Vorwürfe gemacht habe, mich auf ein Geschäft eingelassen zu haben, das mit den Grundsätzen meines Namens unvereinbar war. Ich bin mir völlig bewußt, in dieser Situation den großen Fehler gemacht zu haben, nicht gleich zu dem langjährigen Vertrauensanwalt unseres Hauses gegangen zu sein, der mir bei der Krisis der Firma durch seine selbstlose Mitarbeit zum väterlichen Freund geworden war. Ich weiß auch heute keinen Grund, warum ich es nicht getan habe.

In der Nachmittags Sitzung

Lehte Hugo Stinnes seine Aussage fort. Er legte dar, daß er von Rothmann über das Anleihengeschäft die ersten Einzelheiten gehört habe. Ihm selbst sei das Anleihengeschäft nur in großem Rahmen bekannt gewesen. Da er Rothmann vollstes Vertrauen schenkte, habe er sich nach Einzelheiten der Angelegenheit gar nicht erkundigt. Er, Stinnes, habe damals für die Finanzierung des von Waldow und Rothmann vorgeschlagenen Geschäftes kein Geld aus seiner Firma ziehen können, sondern er habe Geld frei gehabt, das er für seinen Geschäftsfreund Hollrich zu verwenden hatte. Er habe den beiden Herren damals für das Geschäft 200 000—250 000 Mark zur Verfügung gestellt und Waldow beauftragt, seinen Geschäftsfreund Dr. Brauner in Zürich zu befragen, ob dieser mitmachen wolle. Ueber die Pariser Verhandlungen wisse er fast gar nichts. Stinnes bestritt energisch, daß v. Waldow ihm über die Unterlagen der Anleihen irgend etwas gesagt habe. Waldow habe auch die Pariser Leute als sehr ordentlich hingestellt. Später habe sich Waldow unvorsichtigerweise die Recus aus der Hand nehmen lassen und habe sich nicht von Stinnes, sondern von der Firma „Stahl und Eisen“ Geld geben lassen, um die Stücke wieder in die Hand zu bekommen. Von einer Fälligkeit der Unterlagen habe Waldow auch nie gesprochen, sondern nur davon, daß die Franzosen eine Anzahl Dokumente verbummelt hätten.

Vorl.: Es fällt mir auf, daß Sie sich um die Verwendung des Geldes nicht genügend gekümmert haben, obwohl doch mehr als eine Viertelmillion auf dem Spiel stand.

Stinnes: Jeder Abfluß von 10 000 To. Rohle ist ein Geschäft von mehr als 250 000 Mark. Das sind erträglichere kleine Geschäfte für uns. Raffinierter Herren unseres Hauses disponieren täglich über größere Summen, ohne daß ich aus technischen Gründen das wissen kann.

Vorl.: Erschien es Ihnen nicht bedenklich, Ausländern zu einer Aufwertung zu verhelfen, die sie sonst nicht hätten durchführen können?

Stinnes: Ich mußte mir mit Recht sagen: Wenn du es nicht tust, so tut es ein anderer, und das Reich wird dann geschädigt.

Zum Schluß schilderte Hugo Stinnes dann noch kurz das rumänische Geschäft und erklärte unter Zustimmung von Rothmann, daß dieser ihm Einzelheiten überhaupt nicht mitgeteilt habe. Rothmann habe im Gegenteil ihm versichert, daß man es in Rumänien im Gegensatz zu Frankreich mit höchst ehrenwerten Geschäftsfreunden zu tun habe. Eine Abrechnung aus diesem Geschäft habe er Anfang 1928 zum erstenmal zu sehen bekommen. Rothmann habe geflissentlich verschwiegen, daß er anstatt Kriegsanleihe-Rückstellungen gekauft habe. — Damit war die Vernehmung von Stinnes zunächst abgeschlossen, und der Vorsitzende vertagte die Verhandlung auf Freitag morgen 1/2 Uhr.

Paddelboot von einem Laßkahn gerammt.

Gestern nachmittag ereignete sich auf der Spree bei Alt-Stralau, zwischen der Abtei und dem sogenannten Schwanenberg ein Bootsunglück, das ein Menschenleben forderte. Der 23jährige Kranführer Helmuth Uhlmann aus der Fischerstraße 13 hatte gestern an seinem arbeitsfreien Tage mit seiner Frau eine Paddelbootsfahrt unternommen. Zwischen der Abtei und Schwanenberg versuchte er, noch vor einem heranrückenden Motorpferdahn das andere Ufer zu erreichen. Dabei hatte er die Entscheidung unterschätzt und das Boot geriet unter den Kahn. Während die Frau gleich wieder an die Oberfläche auftauchte und von der Schiffsbesatzung in Sicherheit

gebracht werden konnte, war von dem Mann keine Spur mehr zu entdecken. Alle Bergungsversuche blieben erfolglos. Die Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden.

Gastod eines Sechzehnjährigen.

Was trieb ihn in den Tod?

Wieder hat ein Lehrling, knapp dem Knabenalter entwachsen, seinem Leben aus unbekannter Ursache freiwillig ein Ende gesetzt.

Der 16jährige Georg Ludwig war in einem Berliner Schlossereibetrieb als Lehrling angestellt. Gestern blieb er seiner Arbeitsstätte fern. Als die Mutter, selbst berufstätig, gegen 17 Uhr in ihre in der Uhlandstraße 48 zu Niederschönhausen gelegene Wohnung heimkehrte, nahm sie im Korridor starken Gasgeruch wahr; die Tür zum Schlafzimmer war von innen verriegelt. Nichts Gutes ahnend, benachrichtigte sie den Hausverwalter, der die Isolierung der im Parterre gelegenen Wohnung hochschob, das Fenster eindrückte und in das Zimmer, das völlig mit Gas erfüllt war, einstieg. Auf dem Sofa lag leblos der junge Mann, der Hahn der Gaslampe stand weit offen. Ludwig G. hatte zweifellos seinem Leben gewaltsam ein Ende gesetzt. Der hinzugerufene Arzt mußte den Tod feststellen, der bereits mehrere Stunden vor der Entdeckung der Tat eingetreten sein mußte. Die Gründe, die G. in den Tod getrieben haben, sind noch unbekannt.

Die Hinterbliebenen der Maiopfer.

Wie gelogen wird.

Schon während des kommunistischen Moirastandes nahm die sogenannte „unabhängige“ und insbesondere die demokratische Berliner Presse gegen die Maßnahmen des preussischen Innenministers und des Berliner Polizeipräsidenten eine eigenartige Haltung ein. Jetzt wird auch das Wohlfahrtsamt Neukölln in den Kreis dieser polemischen Betrachtungen gezogen. Die „Welt am Montag“ und das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten in großer Aufmachung zwei Fälle, wonach das Wohlfahrtsamt Neukölln die Hilfesuchenden „kaltblütig“ abgewiesen haben soll. Nach unseren Informationen stellt sich die Sachlage folgendermaßen dar:

Am 3. Mai fanden die Frauen Käpner und Köppen, als sie trotz der polizeilichen Warnung auf dem Balkon des Hauses Hermannstraße 117 erschienen, durch verirrte Augen den Tod. Am nächsten Tage schon erhielt der Sohn der Witwe Käpner vom Wohlfahrtsamt Neukölln, ohne Prüfung des Notstandes, eine Geldsumme ausgehändigt, einen dunklen Anzug für sich selbst und für seine Schwester ein dunkles Kleid. Auf die Frage des abfertigen Beamten, ob er Fahrgehalt brauche, erklärte Käpner, daß er sein eigenes Motorrad habe und damit alles erledige. Als ihn der Beamte noch auf die Beerdigungskosten hinwies, sagte er, daß seine Mutter im „Deutschen Herold“ versichert sei, und daß diese Gesellschaft die Kosten übernehmen werde. Die beiden Zeitungen erzählen dann noch, daß Käpner sich in großer Not befindet, und seine Schwester, die die höhere Handelsschule besucht, ihr Studium nur unter großen Entbehrungen fortsetzen kann. Dazu ist zu sagen: A. verdient nach seinen eigenen Angaben, die nicht nachgeprüft wurden, 60 Mark pro Woche, außerdem ist ein Zimmer für 45 Mark pro Monat vermietet. Anträge auf Unterstützung sind weder beim Wohlfahrtsamt, noch für die Schwester beim Jugendamt gestellt worden.

Im Falle Köppen erhielt der Ehemann einen dunklen Anzug, ein paar Sittel und Isort, ohne Prüfung, 20 Mark. Antrag auf Uebernahme der Beerdigungskosten wurde erst in diesen Tagen gestellt. Allein 1000 Mark zahlte eine Versicherung und 160 Mark die Krankenkasse, so daß A. 1180 Mark zur Verfügung hatte. Daneben erhält er pro Woche 10,95 Mark Arbeitslosenunterstützung. Inzwischen hat er eine Abrechnung eingereicht, wonach ihm der Tod seiner Frau etwa 1800 Mark Unkosten verursacht hat. Die Beerdigung allein habe über 600 Mark gekostet.

Das Bezirksamt Neukölln hat gleich nach den Unruhen den Beihilfegesetz, Beerdigungshilfen zu gewähren und von einer Einziehung der Kosten abzusehen.

Wenn die Reichswehrmusik spielt.

Man schreibt uns:

Bleibst du es angebracht, in Hinblick auf das letzte Reichsmehrkoncert am Sonnabend im Stadion die Erwartung auszusprechen, daß bei dem nächsten Konzert am 21. August der bestehende Staatsform und ihrer schwarz-rot-goldenen Fahnenn gerade von der Reichswehr die schuldige Reverenz erwiesen wird; denn die leeren Fahnenummästen im Stadionrund wirkten wirklich nicht dekorativ in dem lebenden Amphitheater. Nicht einmal die Fahnenummäste der Ehrenloge, weithin sichtbar, trug unsere Fahle- und Rationallage. Ob alle, die sie unsere jetzige Staatsform verneinen, gar kein Empfinden für die unwürdige Art haben, mit der man sich hier um eine Ehrenpflicht drückt? In keinem andern Lande kann man sich eine Veranstaltung der Landestruppen denken, ohne daß nicht ein



Leopold Cadidel
Das Haus für grosse Weiten



KÖNIG-STR. 22-26

<p>Elegante Strickkleider aus feiner edler Wolle, in sparsam Mustern, teilweise mit handgestrickten Motiven u. Bordüren, in vielen Farben und allen Größen</p> <p>29.-</p> <p>Reinwollene lustige Jacke doppelt gestrickt, äußerst praktisch und haltbar, in allen Farben, auch weiß</p> <p>8.50</p>	<p>Reinwollenes Musselin-Kleid in schönen bedruckten Mustern mit Krage, Pique und Manchettenauflage aus Georgette, mit zahlreichem Falten im Vorder- und Rückenteil, Gürtel mit Schmalze. Dieses geschmackvolle Kleid ist in vielen Farben, und auch in den größten Frauenweiten vorrätig und kostet</p> <p>25.-</p>	<p>Reizendes Sommer-Kleid aus Honanzselle mit Säumen-Garnierung der Westentaille u. aparter Knöpfenverzierung, Abnäher auf Schulter und Rücken; moderne Faltenlage des Rockes, festes Zierband und Gürtel. Das dazugehörige Kleid ist in allen modernen Farben vorrätig und kostet</p> <p>39.-</p>	<p>Vornehmer Frauen-Mantel aus Wollriips, ganz auf hochfeinem Futter, mit apertem durch Falten geschmückten Rücken, zweifach. Dieser gediegene Mantel ist in allen Weiten vorrätig und kostet</p> <p>39.-</p>	<p>Jugendlicher Mantel aus englisch gemauertem Stoffen mit aufgesetzten, besteppten Taschen, ganz auf elegantem Futter, doppelten Rückenfallen, schmalem Gürtel. Dieser reizende Mantel ist in vielen Mustern vorrätig und kostet</p> <p>25.-</p>	<p>Reinwollene imprägnierte Lodenmäntel in moderner Verarbeitung, in allen Größen</p> <p>29.-</p> <p>Schöner Trench-Coal-Mantel der vorzügliche Schutz vor Sturm und Regen, ganz auf Futter</p> <p>25.-</p> <p>Der beliebte karierte Gummi-Mantel in besonders guter Qualität, garniert und geklebt, in vielen Farben und allen Weiten</p> <p>29.-</p>	<p>Für die Badezeit: Schöne Bade-Mäntel aus vorzüglich. Kränzelstoffen in viel. Mustern und allen Größen</p> <p>9.-</p> <p>Hochelegantes vierteiliges Bade-Komplet Mütze, Jumper, Hose, Mantel in elegantester Luxusausführung. Suberen preiswert!</p> <p>6.50</p> <p>Sonnen-Anzüge Hose und Jumper, aus guten Stoffen, bunt garniert, in all-Farben u. viel. Mustern</p> <p>6.50</p> <p>Extra weite Bademäntel für Damen und Herren. Allerliebste Kinder-Bademäntel.</p>
--	--	--	---	---	--	---

Der Bonner Giftmordprozess.

In der nichtöffentlichen Sitzung der Prozesse gegen Dr. Richter gefand der Angeklagte, an Frau Mertens einen verbotenen Eingriff gemacht zu haben.

Der geschiedene Ehemann der verstorbenen Frau Mertens, Hans Mertens, befragt im wesentlichen die Aussagen Dr. Richters in der Vormittags-Sitzung. Ihm gegenüber habe seine geschiedene Frau einen intimen Verkehr mit Dr. Richter bestritten.

Kundgebung für Arbeiterinnenschutz!

Dienstag, den 15. Juni, 19 1/2 Uhr, im großen Saal des Lehrervereinshauses, Alexanderplatz.

Rednerinnen: Gertraud Hanna, M.d.L.; Else Nieviera, T. Arbeiter-Verband; Frida Licht, Zentralverband der Angestellten; Frida Gladocch, Metallarbeiter-Verband; Anna Zimmer, Fabrikarbeiter-Verband.

Eintritt frei! Das Frauensekretariat.

und Turnplatz entstanden, der mit Rutschbahn, amerikanischen Schaukeln und anderen Spielen zur kostenlosen Benutzung ausgestattet wurde. Ein sportlicher Leistungsplatz geht seiner Vollendung entgegen, dieses neue Stadion des Ostens wird einmal eine bedeutende Pflanzstätte des Arbeitersportes werden.

Ueberricht man die ganze Anlage der Wuhlheide, so ergibt sich hier eine Grünanlage des Südostens, die in Verbindung mit dem Treptower Park, dem Plänterwald und den alten Laubkolonien am Wilhelmstrand, die als Dauerkolonien ausgewiesen werden sollen, sich von Alt-Berlin bis nach Köpenick in einer Länge von etwa 11 Kilometern erstreckt.

König Fuad von Ägypten wurde heute im Berliner Rathaus von Oberbürgermeister Böck durch eine Ansprache begrüßt, die er mit kurzen Dankesworten erwiderte.

Erweiterter Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin (Obstele der Kreisbildungslandschaft) Freitag, 14. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Vortragssaal des Parteivorstandes, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr.

1. Kreis Wedding, die Einrichtungs- und Hölzer zu unserem Sommerfest am 20. Juni 1929 sind durch die Bildungsobstele beim Gen. Simonow, Wilhelmstr. 14, in Empfang zu nehmen.

Funkwinkel. Rosa Walter besitzt einen unendlich kultivierten Sopran. Ihre Stimmführung ist so sauber, ihr Klang so rein, daß selbst das durch das Mikrophon geführte Ohr nicht durch den leisesten Reizton beleidigt wird.

17. Kreis Eichenberg, Freitag, 14. Juni, 19 1/2 Uhr, Foyer „Kale Jagen“ in der Aula des Reform-Kreisbildungsamtes an der Parkstr. 10. 18. Kreis Eichenberg, Freitag, 14. Juni, 19 1/2 Uhr, Foyer „Kale Jagen“ in der Aula des Reform-Kreisbildungsamtes an der Parkstr. 10.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin. Einladungen für diese Arbeit nur an das Jugendsekretariat Berlin, W. 46, Lindenstr. 3.

Heute, Donnerstag, 13. Juni, 19 1/2 Uhr: Volkspark: Schule Sonnenbühl Str. 20. Vortrag: „Kultur“. Abend: Volkspark: Schule Sonnenbühl Str. 20. Vortrag: „Kultur“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. 14. Juni, 19 1/2 Uhr, im Foyer des Reform-Kreisbildungsamtes an der Parkstr. 10.

1. Kreis Wedding, die Einrichtungs- und Hölzer zu unserem Sommerfest am 20. Juni 1929 sind durch die Bildungsobstele beim Gen. Simonow, Wilhelmstr. 14, in Empfang zu nehmen.

1. Kreis Wedding, die Einrichtungs- und Hölzer zu unserem Sommerfest am 20. Juni 1929 sind durch die Bildungsobstele beim Gen. Simonow, Wilhelmstr. 14, in Empfang zu nehmen.

Ida Benz geb. Meyer in 44. Lebensjahre. Ihr Leben war selbstlose Liebe, Güte und Sorge. Berlin, den 10. Juni 1929. Gestorben 19.

Otto Gerndt mit so großer Verehrung und Teilnahme seine Gedächtnisrede, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. Berlin, den 12. Juni 1929. Blumenstr. 4.

Dr. med. Luke Facharzt für Haut- und Harnleiden. Friedrichstr. 256 (Nähe Hedemannstr.) Sprechstunden: 12-2 und 4-7. Fernsprecher: Bergmann 3722.

Verkäufe. Einleum, Sallat, Kolonialwaren 9. Möbelstücke, Tischplatten, Spiegel, etc.

Möbel. Einzelstücke aller Art in Eiche und Buche zum Verkauf. Preis nach Vereinbarung.

Möbel. Einzelstücke aller Art in Eiche und Buche zum Verkauf. Preis nach Vereinbarung.

Möbelfabrik. Werkstätte für alle Möbelfabrikarbeiten. Große Auswahl an Möbeln.

Musikinstrumente. Ohne Anzahlung. Klavier, Violoncello, etc.

Fahrräder. Einzelstücke aller Art in Eiche und Buche zum Verkauf.

Kaufgesuche. Mägen, Spielmarken laut Grabmann, Johannistraf. 4.

Unterricht. Vorkurs für die Mittelschule. Unterricht in Mathematik, Physik, etc.

Erholungsaufenthalt. Villa Annettes, Münchberg a. d. Elbe. Erholungsstätte für Sommergäste.

Vermietungen. 2. Hof, 3. Hof, 4. Hof. Wohnungen in verschiedenen Größen.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Arbeiterinnen, Verkäuferinnen, etc.

Geschäftsraum. Ladenlokal in guter Lage zum Verkauf.

Deutscher Metallarbeiter-Berband. Eisen-, Revolver-Dreher und -Dreherinnen sowie Rundschleifer.

Verwaltungsmittglieder. Freitag, den 14. Juni, findet keine Sitzung der Ritterkreise Ortsverwaltung statt.

Gesucht tüchtige Warenautomaten-Monteur. Die nachweislich schon in diesem Fach gearbeitet haben und mit den neuesten Konstruktionen vertraut sind.

Sozialdemokratie und Landesverrat.

Eine Abrechnung im Reichstag.

In der Reichstagsführung am Mittwoch sprach gegen die Ausführungen des Abg. Berndt (Dnat.), der die Sozialdemokratie des Landesverrats beschuldigt hatte.

Abg. Landsberg (Soz.):

Im Laufe der Jahre ist Herr Berndt auf die äußerste Rechte gerückt. Früher war ihm die Sozialdemokratie nicht so unympathisch, als er sich um ihre Stimmen in der Berliner Stad. verordnetenversammlung bewarb, um zum Stadtrat gewählt werden zu können. Heute richtet er gegen meine Partei die gehässigsten Angriffe. Wenn es richtig ist, daß man immer wieder zu seiner alten Liebe zurückkehrt, so wäre es möglich, daß wir Herrn Berndt noch einmal als Vertreter des entschiedenen Liberalismus sehen (Heiterkeit), wobei ich allerdings nicht weiß, ob der Liberalismus seine erste Liebe gewesen ist. (Lebh. Heiterkeit.) Ich bitte aber nicht zu glauben, daß ich eine solche Entwicklung erwünschte oder ersehnte;

Herr Berndt würde uns mit seiner Nachbarschaft viel unangenehmer sein, als auf der Seite unserer Gegner.

(Sehr gut! bei den Soz.) Am einzelnen will ich gegen ihn nicht polemisieren. Ich glaube ihm aber einen Dienst zu erweisen, wenn ich folgende Mitteilung mache — Herr Berndt entrüstet sich gern trotz des bekannten Bismardwortes, daß Entrüstung kein politischer Faktor sei, vielleicht entrüstet er sich auch darüber — Die Franzosen geben in Wiesbaden eine Zeitschrift „La Revue rhénane“ heraus. Ich habe eine Nummer dieser Zeitschrift gelesen, in der nicht eine einzige deutsche Firma inserierte. Erst auf der letzten Seite fand ich die deutsche und französische Anklage einer deutschen Firma, nämlich des Ufa-Palastes des Herrn Hugenberg! (Lebh. Heiterkeit.) Herr Berndt hat nun die bekannte grüne Wehrbrochure als landesverräterisch bezeichnet und in seiner ersten Rede Zweifel an der Zuverlässigkeit der Sozialdemokratie in der Frage der Landesverteidigung geäußert, ja sogar von einem programmatischen Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Landesverrat gesprochen. Wenn diese grüne Brochure landesverräterisch ist, warum tun Sie dann nicht, was Sie in der Angelegenheit der Groener-Deutschrift getan haben. Damals erklärten Sie, Sie hätten gefürchtet, sich der Begründung schuldig zu machen, wenn Sie eine Strafanzeige nicht erstatteten. Mit dieser Begründung haben Sie die Strafanzeige gemacht — Sie haben Übung in solchen Angelegenheiten (Heiterkeit links), warum erstatten Sie jetzt keine? Statt dessen haben Sie etwas anderes getan. Das deutschnationale Mitteilungsblatt „Auf der Wacht“ enthält in seiner Nummer vom 1. März d. J. folgendes Inserat:

Wer kennt die wahre Bestimmung der Sozialdemokratie? Nur wer das Sonderheft des „Klassenkampf“ — „Sozialdemokratie und Wehrprogramm“ — gelesen hat. Nach Mitteilung des Verlages ist die Schrift bis auf wenige Exemplare vergriffen. Wir liefern, soweit unser Vorrat reicht, dieselbe zum Preise von 60 Pf. Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H. (Stürmische Heiterkeit und lebhaftes Zurufe links.) Eine merkwürdige Methode, landesverräterische Literatur zu bekämpfen, indem man sie propagiert. Dieses deutschnationale Blatt wird allerdings in derselben Bruderei hergestellt, die lange Zeit auch das berüchtigte kommunistische Witzblatt „Der Knüttel“ und sogar das bekannte Hindenburggedicht gedruckt hat. (Große Heiterkeit links.) Herr Berndt sollte überhaupt etwas vorlichtiger mit dem Vorwurf des Landesverrats sein.

Wenn wir z. B. zur Zeit der Bürgerblockregierung nach Amerika geschieden hätten, „Geld dieser Regierung keine Anleihe, denn sie verwendet das Geld zur Sanierung verfallener Raiffeisenbanken und zur Rettung bankrotter Guldbäcker“ — wie hätten Sie da über Landesverrat gesprochen!

(Sehr wohl! links.) Unterscheiden sich denn die Briefe Hugenbergs nach Amerika von derartigen Behauptungen? Obwohl ihm eine Anzahl deutsche Zeitungen zur Verfügung stehen, hat er selbst die Briefe nach Amerika nicht abgedruckt, bevor sie von Amerika her bekannt geworden sind. Er hat die Warnung nach Amerika geschieden, der deutschen Regierung kein Geld zur Verfügung zu stellen, weil sie es nur für marxistische Experimente verpulvern würde. Ich weiß nicht, was damit gemeint ist. Reines Wissens hat die Reichsregierung nicht die Absicht, Herrn Hugenberg den „Sozial-Anzeiger“ abzukaufen, um dessen Vektor republikanisch zu bearbeiten, so wie die angeblich über den Parteien stehende Regierung des früheren Diktatorszeitungszeitungen gekauft hat. (Unruhe rechts.) Ob auf die Briefe Hugenbergs der Begriff des Landesverrats angewendet werden kann — (Zuruf rechts: Prohibieren Sie es doch einmal!) Nein, das tun wir nicht, denn wir wünschen durchaus, daß Herr Hugenberg an der Spitze Ihrer Partei bleibt. (Sehr gut links — Lärm rechts.) Wenn Sie ebenso geschlossen hinter Herrn Hugenberg stünden, wie wir sein Verblichen an Ihrer Spitze wünschen, dann könnten Sie zufrieden sein. (Lebhafte Heiterkeit links.)

Die Deutschnationalen haben mit einer ganzen Reihe ihrer prominenten Persönlichkeiten entschieden Unglück gehabt. Beim Abstimmungstempel in Oberkassel sind uns in den Rücken ein sehr kluger und wortgewandter Mann, der die ganze Provinz bereiste, um die deutschen Wähler zur Stimmabgabe für Polen zu bewegen; das war Graf Doppersdorf, ehemaliger Hospitant der deutschnationalen Fraktion des Reichstages. (Zuruf rechts: Aber wann?) Bei einem ehemaligen Hospitanten der sozialdemokratischen Fraktion würden Sie sich auch noch nach Jahrhunderten nicht abhalten lassen, ihn uns an die Rockschöße zu hängen. (Heiterkeit.) Im Remellonde war es Herr Galgalat, ehemaliges Mitglied der konservativen Fraktion des preussischen Landtages, der für die Vereinigung mit Litauen geworden hat, und kein Adjuvant war Herr Bonin, ehemals Redakteur der konservativen Zeitung in Tilsit und jetzt Herausgeber eines litauischen Wochenblattes in deutscher Sprache. Als in Versailles über das Schicksal Deutschlands entschieden werden sollte, da reiste ein Mann aus Sachsen abwechselnd nach Prag und Paris, um zu erreichen, daß die Wende zur tschechoslowakischen Republik komme; es war der sächsische deutschnationale Landtagsabg. Barth. Der plötzliche Separatistenführer Dr. Bis war bayerischer Landtagsabg. der Rechten. Bismard ist wegen der Veröffentlichung des Rückversicherungsvertrages zwischen Deutschland und Rußland Landesverräter geworden, und der „Wiesbacher Anzeiger“ hat den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held als Landesverräter an Bayern bezeichnet. Sie (nach rechts) tun uns mit dem Vorwurf des Landesverrats nicht weh, aber Sie sollten einsehen, daß Ihr agitatorischer Nutzen davon viel geringer ist, als der außenpolitische Schaden, den Sie mit solchen Vorwürfen Deutschland zufügen. (Lebh. Zustimmung links, Unruhe rechts.) Wie können Sie nach dem Erlebnis dieses Krieges an der Behauptung der Landesverteidigung durch die Sozialdemokratie zweifeln? Haben Sie einen Führer, der sein Blut hergegeben hat für das Land, wie unser Ludwig Frank?

Wir stehen treu zur Landesverteidigung. Wir sind Pazifisten, wir erwarten den Sieg des Pazifismus allerdings erst von einer politischen Konstellation, die nicht mehr Deutschland das Achenbrödel sein läßt. Auch wenn eine Familie unter sich kämpft, so muß sie bei

gemeinsamer Not zusammenhalten. Es gibt keinen in unseren Reihen, der sich von diesem Bekenntnis ausschließt. Es besteht nur Meinungsverschiedenheit darüber, ob eine Landesverteidigung durch eine gerüstete Armee oder durch ein Volksaufgebot auszuüben wäre. Diese Meinungsverschiedenheiten sind durch die bekannten

Beschlüsse des Magdeburger Parteitages

gelöst. Sie (nach rechts) behaupten, daß wir dem Reich militärische Notwendigkeiten verweigern und Sie verweisen auf den Panzerkreuzer. Sind Sie zu solchen Vorwürfen berechtigt? Haben Sie immer das Bewußt, was militärische Sachverständige als notwendig forderten? Das bekannte Wort „Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen“ ist von den Konserwativen in die Form gebracht worden

„Kein Kanth, keine Köhnel“

(Sehr gut! links.) Den Mittelstandskanal haben Sie abgelehnt, obwohl die militärischen Sachverständigen keine große militärische Bedeutung im Fall eines Weltkrieges betonten. Sie aber haben abgelehnt, weil Sie fürchteten, der Mittelstandskanal würde eine Einfallspforte für billiges Getreide aus Holland sein. Also antimilitaristisch sind Sie auch, nur müssen dabei agrarische Vorteile herauskommen. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Sie könnten mit dem Vorwurf des Landesverrats endlich aufhören.

Ich habe mich etwas ausführlicher mit diesem Vorwurf des Landesverrats beschäftigt, dessen Unhaltbarkeit feststeht, auch wenn er von einem politischen Komraden erhoben wird. (Heiterkeit links.)

Abg. Berndt (Dnat. persönlich): Ich bin früher überhaupt nicht parteipolitisch organisiert gewesen, wie übrigens der größte Teil der Beamtenschaft. Den Errungenschaften der Revolution ist es vorbehalten geblieben, in diese gute Tradition Bresche zu schlagen. Bestimmt aber war ich nicht Sozialdemokrat oder Demokrat. Der beste Beweis dafür ist, daß mir die Nationalliberale Partei ein Landtagsmandat angeboten hat. Zur Zeit meiner Wahl als Bürgermeister von Schöneberg war ich längst deutschnationaler Abgeordneter. Also die Behauptung Landsbergs darüber ist eine gehässige, von niedrigstem Hof diktierte Verleumdung. (Ordnungsruf, stürmische Entrüstungsrufe links.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Herr Berndt ist vollständig im Irrtum, daß ich von Hof gegen ihn erfüllt wäre. Meine Empfindungen für ihn sind wesentlich anderer Art. (Sehr gut! links.) Er hat berichtet, was ich nicht behauptet habe. Ich habe nicht von seiner Bürgermeisterwahl in Schöneberg gesprochen, sondern daß er mit den sozialdemokratischen Stimmen zum Stadtrat von Berlin gewählt worden ist und diese sozialdemokratische Unterstützung erbeten hat. (Hört, hört! links.) Im Auftrage Berndts hatte ein Mitglied der deutschnationalen Fraktion die sozialdemokratischen Fraktionsführer Singer und Stadthagen gebeten, die Wahl des Herrn Berndt zu unterstützen. (Lebh. Hört, hört! links.) Wir werden dafür sorgen, daß diese Vorgänge in der Presse mit epischer Breite geschildert werden, und Sie, Herr Berndt, werden dann Gelegenheit haben, den Beweis vor Gericht zu erhalten. Ich habe nicht behauptet, daß Sie politisch organisiert gewesen sind.

Es ist immer die Eigenfälligkeit gewisser sehr vorlichtiger Menschen gewesen, die Zugehörigkeit zu einer Organisation zu vermeiden, weil ihnen das einmal in der Karriere schaden könnte.

(Sehr gut! links.) Aber Sie werden nicht bestreiten können, daß Sie sich als entschiedener liberaler Mann mit stark demokratischen Ansichten ausgegeben haben, und das wird, wenn Sie klagen, auch bewiesen werden. (Stürmischer Beifall links, Unruhe rechts.)

Die Abstimmung.

Unter Ablehnung aller Oppositionsanträge wird der Haushalt in der Ausschussfassung angenommen. Eine Entschließung der Deutschnationalen, die gesetzgeberische Maßnahmen gegen Entartungen und Verminderungen in Literatur und Theater fordert, ebenso eine zweite Entschließung auf Sicherstellung der politischen und religiösen Neutralität des Rundfunks werden gegen die Linke angenommen. In einem weiteren Beschluß wünscht der Reichstag Verbesserung der Fahrpreismöglichkeiten für Jugendliche und Nachprüfung des Impfgesetzes. Eine kommunistische Entschließung auf völlige Trennung von Staat und Kirche wird in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 161 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt, ebenso eine kommunistische Entschließung auf Ungültigkeitserklärung des bayerischen Konkordats mit 199 gegen 57 Stimmen, bei 130 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und der Demokraten. Mit ähnlichem Stimmverhältnis wird auch ein kommunistischer Antrag auf Verbot des preussischen Konkordats abgelehnt. Angenommen wird eine deutschnationale Entschließung auf Vorlegung eines Reichsheimangelegenheitsgesetzes.

Richtrausensanfrage der äußersten Rechten und Linken gegen Reichsinnenminister Severing werden gegen die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. Ein demokratischer Antrag auf Vorlegung eines neuen Wahlgesetzes wird gegen Demokraten und Zentrum abgelehnt. Angenommen wird ein demokratischer Antrag auf Aufhebung der innerdeutschen Ländergebietsverhältnisse. Ein deutschnationaler Reichsschulgeheimverbot wird gegen die Stimmen der Linken dem Schulausschuss überwiesen. Angenommen werden Zentrumsanträge auf Vorlegung eines Reichsheimangelegenheitsgesetzes, Reichsberufschulgesetzes, Pflichtschulgesetzes und eines Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Luftfahrten.

Das Abkommen über die Gründung eines Welthilfsverbandes wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die zweite Beratung des Reichspostgesetzes teilt

Reichspostminister Dr. Schägel

ein: Betrieb und Einnahmen der Reichspost haben eine aufsteigende Linie gezeigt. Die Verkehrsrichtungen werden mit aller Kraft ausgebaut. Zur Befestigung der Konkurrenz im Kleingüterverkehr zwischen Post und Eisenbahn schweben aussichtsreiche Verhandlungen. Die Versuche der „Verkrüftung“ des Landbestellwesens verlaufen erfolgreich. Neue Luftpostlinien haben wir nach London und Stockholm eingerichtet.

50 Proz. aller Hauptanschlüsse im Fernsprechwesen werden Mitte dieses Jahres automatisiert sein, bis 1938 soll das ganze Telephon jenseitig sein.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer beträgt 2,8 Millionen. Im internationalen Post- und Telegraphenwesen hat Deutschland seine Vorkriegsstellung wieder erhalten. Der Telegraphenverkehr wird verbessert und vereinheitlicht. Infolge der Rationalisierung haben wir 7609 Beamte weniger, die Zahl der nichtbeamteten Kräfte ist um 8405 gestiegen.

Abg. Steinopf (Soz.):

Von einer Aenderung des Reichspostfinanzgesetzes wird man in der jetzigen Zeit besser absehen. Wir wünschen für die Reichspost auch nicht ein System, das bei der Reichsbahn den Großindustriellen v. Siemens zum Vorhinein des Verwal-

tungsrates gemocht hat. Vollen Dank verdient die Arbeitsleistung des gesamten Personals bis zum Minister und seinen Beratern, ohne die die geleistete Arbeit nicht bewältigt worden wäre.

Noch mehr Geld ans Reich kann die Post nicht abliefern,

sie muß im Gegenteil mehr Reuanischaffungen machen, schon auch im Interesse der Vollbeschäftigung der Industrie. Bei einer Vereinfachung der Post und der Reichsbahn unter einer Leitung würde auch die Post einen privaten Charakter annehmen, den wir nicht wünschen. Auch würde dann die Verwaltung so umfangreich, daß ein einzelner Mensch sie nicht leiten könnte. Die Post als Reichsinstitut darf in der Frage der Staatsform nicht neutral sein.

Jede Reichsverwaltung kann nur republikanisch sein, und muß republikanische Erziehungsarbeit ausüben, wo immer es möglich ist.

Nach dieser Richtung haben wir noch verschiedene Klagen, wenn wir auch Fortschritte mit Befriedigung verzeichnen. So hat der Minister allen Postanstalten aufgetragen, an Feiertagen die Reichspost aufzuheben. (Zuruf links: Das tun aber nicht alle!) Auch die Poststellen, an denen die Kraftwagen halten, sollten so flaggen, nötigenfalls müßten ihnen Flaggenstangen geliefert werden. Es ist vorgeschlagen, daß bei einem Begräbnis von einem Kranz der Reichspost die schwarzrotgoldene Schleife abgerissen worden ist, daß ein Postamtsvorsteher öffentlich gegen die Aufstellung eines Denksteins für den Reichspräsidenten Ebert agitiert, daß in Strausberg und anderswo in Diensträumen Stahlhelmmagazine getrieben und Parteibureau errichtet werden. Das ist nur möglich, wenn die Oberpostdirektionen ruhig zusehen; dazu hat man ihnen die größere Selbständigkeit nicht gegeben. (Sehr gut! links.) Auch in der Personalpolitik geschieht nicht alles, worauf die Republik Anspruch hat.

Das Recht zur Anhaltung von aufstößigen Sendungen wird noch immer mißbraucht.

So hat man die Empfehlungskarte einer durchaus seriösen Firma zur Bestellung von Vorbeugungsmitteln gegen Empfangnis und Geschlechtskrankheiten nicht befördert, weil ein durchaus nicht etwa aufstößiger Bierzeller von Joachim Ringelbach darauf stand. (Heiterkeit.)

Einsprechend einem Erlaß des Ministers sollte auf die Sauberkeit der Diensträume noch mehr Bedacht genommen werden.

Die Beamtinnen der Berliner Fernsprechanstalt mit Handbetrieb sind furchbar überlastet.

Die Nachtverbindungen werden besonders geacht, etwa um den wenigen Beamtinnen noch mehr Arbeit aufzuhalsen? Wenn wir demnächst 3 Millionen Rundfunkhörer haben, so sind das 72 Millionen Mark Einnahme im Jahr. Davon erhält die Rundfunkgesellschaft 36 Millionen. Wie steht es mit der Erneuerung der Verträge?

Die Rundfunkgesellschaft soll alles haben, was sie braucht, aber niemand versteht, daß auf der einen Seite aus dem Vollen und draußlos gewirtschaftet wird, während man eine Herabsetzung der Teilnehmergebühr als unmöglich erklärt.

Dabei würde sie sicherlich durch rasche Zunahme der Teilnehmerzahl den Ausfall sehr bald decken. Auf das Verlangen, Schwerkriegsbeschädigten sowie Volkswaldben und Erwerbslosen die Rundfunkgebühr zu erlassen, hat das Reichsarbeitsministerium, dem die Reichspost den Antrag übermittelte, geantwortet, dafür habe man kein Geld. Das verlangt auch niemand; die Reichspost soll diese Einsicht zeigen. (Sehr richtig! links.)

Die Personalvorschlüsse des Reichspostkommissars gehen doch zu weit. Wir wollen das Berufsbeamtentum auf öffentlich-rechtlicher Basis erhalten. Wir schätzen und achten die Arbeiter und Angestellten, glauben aber nicht, daß sie ohne weiteres die Berufsbeamten ersetzen können. Wir wollen kein Privileg für das Berufsbeamtentum, halten aber keine Befreiung für nicht angebracht. Es ist anerkennenswert, daß der Pfändendank wenigstens für einige besonders schwere Betriebe wieder eingeführt ist. Wir wünschen, daß auf diesem Weg weiter gegangen wird.

Ungerecht ist es, Beamtinnen nicht fest anzustellen, wenn sie so unvorsichtig waren, ihre Heiratsabsicht zu verraten. Dann bekommen sie nämlich, wenn sie heiraten, nur den vierten Teil der Abfindungssumme. Hätten sie die Heiratsabsicht geheim gehalten, so wären sie fest angestellt worden und hätten die ganze Abfindungssumme erhalten. So darf man jedoch die Ehrlichkeit nicht bestrafen. Man sollte die betreffenden Beamtinnen nachträglich pro forma fest anstellen und ihnen die drei Viertel der Summe nachzahlen.

Noch immer tanzen Bayern und Württemberg aus der Reihe,

führen besondere Betriebsformen ein usw. Auch die Post-Rainlinie sollte verschwinden, damit wir eine einheitliche Reichspost bekommen. Der Austausch des Personals zwischen Nord und Süd, West und Ost würde den Zusammenhalt noch stärken. (Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Köhler (Z.): Der Verwaltungsrat verhandelt wie auf offenem Markt. Die hohe Abgabe an das Reich ist nur annehmbar, weil der Minister versichert hat, daß die Folge davon nicht etwa eine Gebührenerhöhung sein soll. Wegen der beunruhigenden Deutschrift des Sparkommissars verlangen wir Aufklärung der Deffektivität.

Abg. Torgler (Komm.): Die Wehrabgabe von 35 Millionen an das Reich ist ein Geschenk an die Besitzenden, denen dadurch Besitzsteuern erspart werden. Die Massen kommen dadurch um die Senkung der Rundfunkgebühren.

Abg. v. Raumer (D. Sp.): Der Prozentsatz der Ablieferung an das Reich müßte dauernd festgelegt werden. Die Zusammenfassung des Verwaltungsrats sollte geändert werden.

Abg. Mollath (Sp.): Die Erhöhung der Abgabe an das Reich ist geradezu eine indirekte Steuer; muß sie auch geleistet werden, wenn die Einnahmen der Post den Voranschlag nicht erreichen, so ist Tarifserhöhung die notwendige Folge.

Abg. Dr. Reihold (Dem.) wünscht mehr Wirtschaftsvertreter in den Verwaltungsrat. Die Postgebühren sind zu hoch. Von 1924 bis 1928 hat die Reichspost 1/2 Milliarden Vermögenszuwachs gesammelt, den sie freilich braucht. Wir sind

grundfällige Anhänger des Pfändendankes, aber gegen Schematisierung.

besonders im Postbetrieb, wo er nicht immer eingeführt werden kann.

Abg. Leich (Bayer. Sp.): Herr Torgler hat heute so erstaunlich sanft gesprochen; er scheint mir besonders talentiert zum Freiseurberuf zu sein, denn er kann so gut bei den Haaren herbeiziehen (Heiterkeit), z. B. die Gefahr einer Tarifserhöhung.

Reichspostminister Dr. Schägel:

Größeren Einfluß sollte der Reichstag haben, aber der Zeitpunkt scheint zu einer Aenderung nicht geeignet zu sein. Die Reichspost kann nicht wie die Reichsbahn nur mittelbar dem Reich unterstehen.

Der Sparkommissar verlangt, daß wir die Rundfunkgebühr nicht ermäßigen, solange Funktelegraphie und Telephonie schwer notleidende Betriebe sind.

Die Postarbeiter haben eine geringere Lohnerhöhung als die übrigen Reichsarbeiter bekommen, stehen aber darum nicht schlechter, denn sie waren vorher schon besser bezahlt als die anderen. Die Forderung der Kurzwellenrundfunk bedarf noch der Zustimmung des Reichsinnenministeriums, die noch aussteht. Aus dem Berliner Fernsprechwesen werden die Reklameanzeigen nach Ablauf der Verträge verschwinden.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte vertagt das Haus um 6 1/2 Uhr die Weiterberatung auf heute, Donnerstag, 11 Uhr.

Von den Sicherungen des Young-Planes.

Der Transferschub. — Privatkapitalistische „Sicherungen“ hinten herum.

Wir sehen heute die Analyse des Young-Planes in einem deutschen Aufsatz (Siehe Nr. 265 und 267.)

Die in der neuen Regelung vorgesehene Erleichterung der Reparationslasten ist so beträchtlich, daß man sich unwillkürlich fragt: um welchen Preis muß die Erleichterung erkauft werden? Es ist in der Tat so, daß die Gläubiger diese Zugeständnisse nicht umsonst machen, sondern dafür gewisse Vorteile haben. Wenn man aber nach den Vorteilen für die Gläubiger fragt, so heißt das auch, nach den Nachteilen für den Schuldner zu fragen. Es scheint auf der Hand zu liegen, daß, wenn jemand einen Vorteil hat, der andere dadurch benachteiligt werden muß. Nun ist dies auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen nicht immer der Fall und in der Politik auch nicht. Demgemäß enthält die vorgeschlagene Reparationsregelung nicht nur Bestimmungen, die für Deutschland allein vorteilhaft (wie die Ermäßigung der Zahlungen) oder nachteilig sind (wie einige Punkte, von welchen heute die Rede sein wird), sondern auch solche Bestimmungen, die für beide Seiten vorteilhaft sind. Dies wird im Bericht selbst folgendermaßen ausgedrückt:

„Wenn er (d. h. der neue Plan) auch eine fühlbare Herabsetzung der Zahlungen an die Gläubigerländer gegenüber dem bedingt, was bei weiterer Geltung des Dawes-Planes vielleicht zu erwarten gewesen wäre, so schaltet er doch zu gleicher Zeit die dem Dawes-Plan innewohnenden Unsicherheiten aus, die den Interessen des Schuldners wie der Gläubiger abträglich waren, und setzt an deren Stelle eine endgültige Regelung, nach welcher der Schuldner den genauen Umfang seiner Verpflichtungen kennt.“

Der Sinn des beschränkten Transferschubes.

Die Ausschaltung der Unsicherheiten hat für die Gläubiger auch einen sehr großen politischen Wert gehabt, und zwar namentlich für Frankreich. Diese Seite des Problems, die für die Verständigung in Paris ausschlaggebend war, muß aber einer politischen Betrachtung der neuen Regelung vorbehalten bleiben. Hier interessiert uns vor allem die Frage, ob nicht die Sicherheit für die Gläubiger eine im Vergleich mit dem Dawes-Plan verschärfte Gewähr für uns darstellt. Der Dawes-Plan sieht den sogenannten „Transferschub“ vor, der sich auf die ganze Summe der Jahreszahlungen mit Ausnahme der Zinsen für die Dawes-Anleihe erstreckt kann. Nach dem neuen Plan genießt ein Teil der Jahreszahlungen, nämlich 600 Millionen, worin die Zinsen für die Dawes-Anleihe (80 bis 90 Millionen jährlich) eingeschlossen sind, keinen solchen Transferschub. (Hier sei noch bemerkt, daß entgegen einigen Formulierungen des Berichts, die sich als irreführend erwiesen haben, der Zinsendienst der Dawes-Anleihe, der bis 1940 läuft, in dem im Bericht angegebenen Jahresraten nicht enthalten ist, so daß die früher angegebenen Zahlen noch einer Korrektur nach oben bedürfen, die aber keine wesentliche Bedeutung für die wirtschaftliche Beurteilung der neuen Regelung hat. Nachdem der Bericht mit allen Anlagen veröffentlicht ist, werden wir eine genaue Zusammenstellung aller deutschen Verpflichtungen bringen.)

Heute ist es für uns wichtig zu wissen, daß 600 Millionen Mark jährlich unter allen Umständen nicht nur von Deutschland selbst aufgebracht, sondern auch an die Gläubiger übertragen, d. h. in ausländischen Werten bezahlt werden müssen. Die Übertragung des übrigen Teiles darf Deutschland nötigenfalls aus eigener Initiative für die Zeit von höchstens zwei Jahren aufschieben. Darüber hinaus darf Deutschland unter Umständen auch die Ausbringung, d. h. die Auszahlung in deutschem Geld, einer Hälfte seiner jährlichen Verpflichtungen für ein Jahr aufschieben.

Worin besteht der Sinn dieser Vorschriften? Die Hauptsache ist die Möglichkeit des Transferschubes, da der Zahlungsausschub nur dann erfolgen darf, wenn der Transferschub schon nicht weniger als ein Jahr in Kraft ist. Das Fremdwort „Transfer“ heißt auf deutsch „Übertragung“. Es ist damit die Übertragung der Zahlungen eines Landes, in unserem Falle Deutschlands, in das Ausland gemeint. Die Übertragung besteht darin, daß die Valuta eines Landes, also in unserem Falle die Reichsmark, in die betreffenden ausländischen Valuten umgewandelt wird.

Die Übertragung großer Summen aus einem Lande in ein anderes ist eine alltägliche Erscheinung und vollzieht sich normalerweise ohne Schwierigkeiten. Es sind aber auch Fälle möglich, daß in einem Lande der Bedarf an ausländischem Geld sehr stark, während der Zufluß verhältnismäßig schwach ist. In solchen Fällen wird das ausländische Geld sehr stark gesucht, die Nachfrage nach ihm wird sehr groß, und dann wird es, wie jede Ware, die stark nachgefragt wird, teurer. Das bedeutet mit anderen Worten, daß das einheimische Geld etwas an Wert, etwas an seinem „Kurs“ verliert. In gewissen Grenzen sind auch solche Schwankungen eine häufige Erscheinung, und sie werden ständig ausgeglichen, so daß kein „Transfer“ oder „Übertragungsproblem“ entsteht.

Nun hat man schon bei der Ausarbeitung des Dawes-Planes damit gerechnet, daß Deutschlands Bedarf an ausländischem Geld für die Übertragung seiner Reparationsschulden nebst übrigen kommerziellen Zahlungen ein sehr großer sein muß. Damit dieser Bedarf gedeckt werden kann, muß ausländisches Geld in irgendeiner Form nach Deutschland fließen — als Bezahlung für deutsche Waren, in Form von Anleihen oder durch den Ankauf deutscher Aktien durch Ausländer. Was müßte aber geschehen, wenn Deutschland mehr Geld für den Ankauf fremder Waren ausgibt, als es für den Verkauf der eigenen bezahlt bekommt, und wenn gleichzeitig im Auslande keine starke Neigung besteht, Deutschland Anleihen zu geben oder deutsche Aktien zu kaufen? Dann würden die Übertragungs-schwierigkeiten in der Form des Ueberangebots und deshalb der Entwertung der deutschen Valuta entstehen. Für diesen

Zahl der Gefährdung der deutschen Währung

sieht der Dawes-Plan die Möglichkeit einer zeitweiligen Einstellung der Übertragung vor. Nur der Zinsendienst der Dawes-Anleihe, die 1924 aufgenommen wurde, muß unter allen Umständen übertragen werden. Nach dem Young-Plan müssen, wie gesagt, unter allen Umständen insgesamt 600 Millionen Mark übertragen werden: für diese Summe gibt es keinen Transferschub. Was später zu erörternden Gründen legten einige Gläubiger sehr großen Wert darauf, daß ein möglichst großer Teil der Zahlungen als unter allen Umständen übertragbar anerkannt wird. Es ist aber erreicht worden, daß nur weniger als ein Drittel der Gesamtzahlungen ungeschützt bleibt. Diese Regelung muß als befriedigend anerkannt werden, da es wirklich schlichthin unmöglich ist, sich die Umstände vorzustellen, unter welchen die Übertragung von 600 Millionen im Laufe eines Jahres auf ernsthafteste Schwierigkeiten stoßen würde.

Bedauerlich ist der Abbau der Sachlieferungen

im Sachverständigenplan. Deutschland braucht für die Deckung seiner Zahlungsoverpflichtungen eine bedeutsame Steigerung seiner Ausfuhr.

Durch die Sachlieferungen wird diese Aufgabe insofern erleichtert, als Deutschland durch Sachlieferungen die Ausfuhr für bestimmte Summen gesichert und nicht zu befürchten hat, daß ihm diese Ausfuhr durch die Konkurrenz genommen wird. Eine starke Gegnerschaft gegen die Sachlieferungen bestand vor allem bei der englischen Industrie, weil die Sachlieferungen den englischen Konkurrenzkampf gegen die deutsche Ausfuhr (namentlich gegen die Ausfuhr deutscher Rohstoffe nach Frankreich) erschweren. Aber es steht, wenigstens zum Teil, auch die französische Industrie den deutschen Sachlieferungen feindselig gegenüber, weil sie manche Aufträge, die jetzt nach Deutschland gehen, selbst bekommen möchte. Es ist aber in Frankreich, das den größeren Teil der deutschen Sachlieferungen aufnimmt, auch die Meinung stark vertreten, daß Frankreich von den deutschen Sachlieferungen großen Nutzen hat, da manche wichtige Arbeiten von allgemeiner wirtschaftlicher Bedeutung erst durch sie ermöglicht werden. Die Sachverständigen haben die Frage unter dem starken Einfluß von privatkapitalistischen Gesichtspunkten entschieden und den Abbau der Sachlieferungen beschlossen, der sich im Laufe von zehn Jahren vollziehen muß.

Konzessionen an privatwirtschaftliche Interessen.

Eine rein kapitalistische Einstellung der Sachverständigen hat sich noch auf einem anderen Gebiet geltend gemacht, auf welchem wir eine besonders schwere Enttäuschung erleben. Nach dem neuen Plan müssen grundsätzlich alle auf Grund des Dawes-Planes geschaffenen Kontrollorgane und alle besonderen Verpflichtungen einzelner Einnahmen für die Reparationsverpflichtungen fortfallen. Es steht darüber eine schöne Erklärung im Bericht der Sachverständigen, „daß die feierliche Uebernahme der Verpflichtung durch die deutsche Regierung die Grundlage der Sicherheit für die Entrichtung der Annuitäten bildet, eine Sicherheit, die durch keine weitere Garantie noch irgendwie verstärkt werden kann“. Dies gilt aber nur „abgesehen von (früher im Bericht erwähnten) Einzelfragen“, und manche dieser Einzelfragen sind für uns von sehr großer Bedeutung.

So muß die Reichsbahn immer noch mit 600 Millionen Mark jährlich für den ungeschützten Teil der Zahlungen haften. Diese 600 Millionen können nicht wie jetzt als Zinsendienst der Reichsbahn-Obligationen, sondern müssen in Form einer Steuer aufgebracht werden. Die Verbesserung im Vergleich mit dem Dawes-Plan besteht darin, daß das Reich jetzt das Recht erhält, die Beförderungsteuer aufzuheben und auf diese Weise die Belastung der Reichsbahn bis zum Betrage von 290 Millionen jährlich zu ermäßigen.

In sich wäre die obligatorische Belastung der Reichsbahn mit 600 Millionen Mark jährlich zwar nach unserem Dafürhalten eine überflüssige, aber keine abträgliche Maßnahme. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Reichsbahn in diesem ist, eine solche Steuer zu tragen; vielleicht wird sie eine noch höhere Besteuerung tragen müssen — wie stark die Beförderungsteuer zu ermäßigen ist, läßt sich ohne Zusammenhang mit allen anderen finanziellen Maßnahmen nicht übersehen. Sehr schlimm ist es aber, wenn die Sachverständigen dabei ihrem kapitalistischen Geiste Luft machen und be-

Zwei Unternehmertagungen.

Hansabund und Stahlindustrielle. — Alter Geist, alte Worte.

Gestern begannen in Berlin die Tagungen zweier großer Industrievereinigungen, des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Hansabundes. Natürlich nahmen beide Gruppen Stellung zum Pariser Kompromiß. Auf der Eigentagung betonte Generaldirektor Poensgen vom Ruhrtrust, daß der neue Zahlungsplan ein „politischer und kein wirtschaftlicher Versuch der Lösung“ sei und „erheblich über die deutsche Leistungsfähigkeit hinausgehe“. Im übrigen sprach Poensgen demonstrativ seinem Kollegen Bögl für die „in Paris geleistete Arbeit“ seinen Dank aus, nicht aber dem Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer, und Geheimrat Kofel vom Reichsverband der deutschen Industrie. Eine andere, zum Teil größere Beurteilung erfährt der Young-Plan beim Hansabund. Hier betonte Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer, daß die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Wirtschaft zu ringen hat, durch Paris in allen wesentlichen Punkten nicht gemindert seien. Aber auch Industrielle müssen einsehen, daß man sich mit einer Kritik, die konsequent offensichtliche Erleichterungen negiert, nur lächerlich macht.

Im übrigen zeigte die Tagung des Hansabundes die zunehmende Verkalkung der Vereinigung, die ehemals wirtschaftlich und politisch große Bedeutung versprach. So sprach Fischer davon, daß mehr als je ein Bekenntnis zur Privatwirtschaft und eine eindeutige Abfolge an den Sozialismus notwendig sei, daß man die öffentliche Wirtschaft in engsten Schranken halten wolle u. a. m. Zu diesem Zweck will Fischer das Bürgerturn endlich „von seinem politischen Stempel befreien“, wozu wir ihm aufrichtig Glück und Erfolg wünschen.

Auf der Eigentagung führte man wieder einmal — bis zur nächsten Eisenpreiserhöhung — eine Verbrüderungsgemeinschaft zwischen der eisenverarbeitenden und der eisenverarbeitenden Industrie auf. Man sprach viel von persönlichen Unternehmern, andererseits zeigte sich der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Reich für die Aufrechterhaltung der nationalen Syndikate ein, die z. T. durch die Vorgänge bei Mannesmann und Krupp in eine Art Krise geraten sind. Der Führer der deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie, Funke, verlangte einen möglichen Zoll für seine Industrie, um Schweißkonkurrenz von Deutschland abzuhalten, aber auch eine Industriepolitik, die die inländischen Abnehmer nicht gegenüber den ausländischen benachteiligt (was gerade die eisenverarbeitende Industrie durch ihre Preisdifferenzierung zur Genüge tut. Red.), und eine Stärkung des deutschen Wettbewerbs durch Erleichterung der inneren Lasten, d. h. durch sozialpolitischen Abbau.

Rein Eisenwirtschaftsbund!

Sagt Herr Dr. Curtius.

Genosse Brandes hat im Reichstag für Partei und Gewerkschaften die Forderung ausgesprochen, daß der monopolistische Charakter der Schwerindustrie im gesamtwirtschaftlichen Interesse die Mitwirkung der Verbraucher und der Arbeiter sowie eine entsprechende Organisation der Eisenwirtschaft notwendig macht. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat jetzt auf dem Tagungsbankett der Schwerindustrie prompt seine Meinung geäußert: an eine Neuauflage des Eisenwirtschaftsbundes dürfte nicht gedacht werden.

schließen, „daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft während der Geltungsdauer des Planes ihre Eigenschaft als privates und unabhängiges Unternehmen mit selbständiger Geschäftsführung in wirtschaftlichen, finanziellen und Personalangelegenheiten ohne Einmischung der deutschen Regierung“ beibehalten muß.

Wie verhält sich diese Bestimmung mit der oben zitierten feierlichen Erklärung? Es liegt kein Grund vor — und es wird kein Grund angegeben —, um auf diese Weise der deutschen Regierung ein Mißtrauensvotum auszusprechen und ihre Rechte der Reichsbahn gegenüber einzuschränken. Nur als eine Verbeugung vor dem kapitalistischen Geist kann diese Bestimmung verstanden werden.

hängigkeit der Reichsbahn“ bei der Anpassung des Reichsbankgesetzes an die neuen Bedingungen (Fortfall der ausländischen Kontrolle) zu berücksichtigen ist. Es mutet überhaupt ziemlich seltsam an, daß man in den Anlagen einige und keine angenehme Uebertragungen im Vergleich mit dem Bericht findet. Der Bericht ähnelt ein bißchen einem Reklameprospekt, der sich etwas günstiger verstehen läßt, als es der Sachlage entspricht. Wiederum einer rein kapitalistischen Einstellung der Sachverständigen entspricht die Empfehlung an die deutsche Regierung, die Sonderbelastung der Industrie (Industrieobligationen) zu beseitigen. Nach dem Plan fällt diese Sonderbelastung, als eine besondere Garantie für die Gläubiger fort; es ist deshalb eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit, ob sie in Deutschland bestehen bleibt oder aufgehoben oder umgestaltet wird. Für die Reichsregierung ist eine solche „Empfehlung“, die keine Bindung ist, keineswegs bindend.

Mit einer Ausnahme, nämlich dem Abbau der Sachlieferungen, wird die günstige materielle Auswirkung der neuen Regelung durch die bemängelten Bestimmungen überhaupt nicht beeinträchtigt. Der Abbau der Sachlieferungen erscheint dagegen als ein materieller Nachteil, dessen Gewicht aber ohne Zweifel viel geringer ist, als das der in den früheren Aufsätzen geschilderten Entlastung gegenüber dem Dawes-Plan. Durch die Korrekturen, die auf Grund der neu veröffentlichten Anlagen vorzunehmen sind, wird der Umfang dieser Entlastung auch in keinem bedeutenden Ausmaß vermindert.

Von der Seite der materiellen Belastung gesehen stellt der Young-Plan einen großen Fortschritt im Vergleich mit dem Dawes-Plan dar. Die Sicherungen für Deutschland, die in dem neuen Plan enthalten sind, dürfen ebenfalls als ausreichend anerkannt werden. Auch auf dem Gebiete der Garantien für die Gläubiger und der Kontrollmaßnahmen ist eine wesentliche Verbesserung im Vergleich mit dem geltenden Zustand unverkennbar (Abbau der ausländischen Kontrollorgane!). Was uns am tiefsten unbefriedigt läßt (die Beschränkung über die Reichsbahn), ist keine Neuerung, sondern das Beibehalten des gegenwärtigen, nach unserem Dafürhalten sehr wenig erfreulichen Zustandes. Man muß bedauern, daß auf diesem Gebiete nicht alles, was wir gewünscht haben, erreicht worden ist; als Grund gegen die Annahme der neuen Regelung kann das aber nicht gelten.

Die Antwort hat den Schwerindustriellen sicher gefallen. Wir fürchten, daß das auch der Zweck der Ministeräußerung war. Ob nicht die Zeit bald da sein wird, wo man nach einem wenig berühmten deutschnationalen Vorbild Herrn Dr. Curtius den „Minister für die Schwerindustrie“ nennen wird?

Die Ernte der Kaliindustrie.

Rekordgewinne im Winterhalla-Konzern.

Der Winterhalla-Konzern, der im Jahre 1927 seine 70 Konzernunternehmungen und Gewerkschaften in der Kali-Industrie u. a. zusammengestellt hat, veröffentlicht jetzt seinen Abschluß für 1928. Wie auch bei den anderen Kalikonzernen übertrifft die Gewinne des stärksten deutschen Kaliunternehmens die Ergebnisse des Konjunkturjahres 1927 bei weitem.

So kann die Kali-Industrie u. a. nach Abhebung weit höherer Abschreibungen von 21 gegen 18 Millionen Mark einen Reingewinn von rund 25,7 gegen 14,5 Millionen Mark im Vorjahr ausweisen. Also allein die Steigerung des ausgewiesenen Reingewinns beträgt ohne die in den erhöhten Abschreibungen erscheinenden Mehrgewinne rund 80 Proz. Da das Kapital im vergangenen Jahr von 120 auf 200 Millionen Mark heraufgehoben wurde, bleibt die Dividende das Gesamtkapital mit 12 Proz. unverändert. Nach Befristung des Geschäftsberichtes kommen wir auf den Abschluß dieses Unternehmens noch zurück.

Siemens in England.

Wir hatten bereits vor wenigen Tagen über die Verhandlungen des Siemens-Konzerns mit der englischen Siemens-Brothers-Company berichtet. Danach sollten die nach dem Kriege wieder aufgenommenen Verbindungen in technischer Beziehung durch den Austausch von beiderseitigen Patenten, Lizenzen und Erfahrungen eng geknüpft werden.

Wie jetzt von der Siemens-Berwaltung mitgeteilt wird, beschränken sich aber die Sonderabmachungen nicht auf das rein technische Gebiet, sondern sehen durch Aktienaustausch auch eine enge finanzielle Verflechtung vor. So wird Siemens u. Halste 450 000 Aktien im Nennwert von je einem Pfund Sterling, also 9 Millionen von dem 60-Millionen-Kapital der englischen Siemens-Gesellschaft übernehmen. Als Gegenwert wird Siemens u. Halste 6557 Aktien abgeben, deren Nennwert nicht angegeben ist, der sich jedoch auf 1000 Mark je Aktie belaufen dürfte.

Stückung der preussischen Zwischentredite für Siedlungszwecke. Die Knappheit an Zwischentreditemitteln macht es erforderlich, die vorhandenen Mittel zu strecken, um den durch sie zu erreichenden Siedlungserfolg möglichst ergiebig zu gestalten. Dazu sollen die auf den Siedlungsgütern haltenden voreingetragenen Hypotheken und sonstigen Belastungen nicht mehr wie bisher durch den staatlichen Zwischentredit abgelöst werden, sondern bis zur Uebernahme auf die Landesrentenbank stehen bleiben und demnach aus dem Erlöse der auskommenden Landesrentenbriefe abgedeckt werden. Da diese Hypotheken in der Regel höher verzinst sein werden als der Zwischentredit, so hat sich nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes der preussische Landwirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister damit einverstanden erklärt, daß der Unterschied zwischen den Hypothekenzinsen und den Prozentsätzen der Zwischentreditzinsen auf den Staat übernommen wird.

John Galsworthy: Der Tote

Im Frühling des Jahres 1950 sah ein Rechtsanwalt mit seinem Freund bei einem Glase Wein und Käse. Der Rechtsanwalt sagte: „Als ich unlängst in den Akten meines Vaters blätterte, fand ich diesen Zeitungsauschnitt. Er ist vom Dezember 19— datiert. Ein merkwürdiges Dokument. Wenn du willst, lese ich es dir vor.“ „Bitte!“ sagte der Freund.

Der Rechtsanwalt begann zu lesen.

„Vor dem Londoner Polizeigericht erregte ein ärmlich gekleideter, jedoch anständig aussehender Mann einiges Aufsehen, als er den Richter um einen Rat bat. Wir geben das Gespräch wörtlich wieder.“

„Darf ich an Euer Gnaden eine Frage richten?“

„Wenn ich sie beantworten kann.“

„Ich müßte nur wissen, ob ich lebe.“

„Waschen Sie keine dummen Wige.“

„Es ist mir vollkommen ernst damit, Euer Gnaden. Alles hängt für mich davon ab, es zu wissen; ich bin von Beruf Ketten-schmied.“

„Sind Sie bei Sinnen?“

„Ich bin ganz bei Sinnen, Euer Gnaden.“

„Wie kommen Sie dann dazu, eine derartige Frage an mich zu stellen?“

„Ich bin arbeitslos, Euer Gnaden.“

„Was hat das damit zu tun?“

„Bestatten Euer Gnaden, daß ich es erkläre. Seit zwei Monaten bin ich ohne mein Versäulen arbeitslos. Euer Gnaden haben bestimmt gehört, daß es Hunderte und Tausende in meiner Lage gibt.“

„Gut, fahren Sie fort.“

„Ich gehöre keiner Gewerkschaft an, Euer Gnaden; Sie werden doch wissen, daß mein Gewerbe nicht organisiert ist.“

„Ja, ja.“

„Euer Gnaden, seit drei Wochen bin ich gänzlich mittellos. Ich habe mein möglichstes getan, um Arbeit zu finden, aber es war alles umsonst.“

„Haben Sie sich an den Armenrat Ihres Bezirkes gewandt?“

„Ja, Euer Gnaden, aber der kann keine weiteren Unterstützungen mehr geben.“

„Bei Ihrer Kirchspielbehörde sind Sie auch schon gewesen?“

„Jawohl, Euer Gnaden, und auch beim Pfarrer.“

„Haben Sie keine Verwandten oder Freunde, die Ihnen helfen könnten?“

„Die Hälfte von denen ist genau so überl drun wie ich, Euer Gnaden, und den anderen hab' ich schon alles abgetropft.“

„Was haben Sie —?“

„Ihnen alles abgetropft — ihnen alles Entbehrliche abgenommen.“

„Haben Sie Frau und Kinder?“

„Nein, Euer Gnaden, das ist auch ein Hindernis, überall komm' ich deshalb zuletzt dran.“

„Freilich, freilich — aber es ist schließlich noch die Obdachlosens-fürsorge da; Sie haben das Recht zu —“

„Euer Gnaden, ich bin in diesen zwei Heimen gewesen, aber gestern abend wurden Duzende von uns wegen Raummangel ab-gewiesen, Euer Gnaden, ich habe Hunger; hab' ich denn kein Recht zu arbeiten?“

„Nur im Armenhaus.“

„Ich hab' Ihnen schon gesagt, Sir, daß ich gestern abend nicht mehr hineingekommen bin. Kann ich denn niemanden zwingen, mir Arbeit zu geben?“

„Schwerlich.“

„Euer Gnaden, ich habe argen Hunger. Können Sie mit er-kaufen, auf der Straße zu betteln?“

„Rein, das kann ich nicht; Sie wissen sehr gut, daß es nicht geht.“

„Vielleicht darf ich dann stehlen, Euer Gnaden?“

„Aber, aber! Sie halten das Gericht unmöglich auf.“

„Aber, Euer Gnaden, es ist mir bitter ernst. Ich verhungere buchstäblich, auf Ehre und Gewissen! Können Sie mir nicht erlauben, daß ich meinen Rock oder meine Hofen verkaufe —?“ Der Bitt-steller knöpfte den Rock auf und enthüllte seine nackte Brust. „Ich habe sonst nichts zu —“

„Sie dürfen in keinem ungeschicklichen Aufzug herumlaufen Gefehesübertretungen kann ich nicht gestatten.“

„Bekomm' ich dann wenigstens die Erlaubnis, im Freien zu schlafen, ohne wegen Vagabondage verhaftet zu werden?“

„Ich erkläre Ihnen ein für allemal, daß ich Ihnen nichts der-gleichen erlauben kann.“

„Was soll ich also tun, Sir? Ich spreche die Wahrheit. Ich will das Gesetz nicht übertreten. Können Sie mir sagen, wie ich ohne Nahrung weiterleben soll?“

„Ich wünschte, ich könnte das.“

„Dann, Sir, muß ich Sie fragen: Bin ich nach der Ansicht des Gesetzes überhaupt am Leben?“

„Das ist eine Frage, guter Mann, die ich nicht zu beantworten vermag. Für das Gesetz, scheint es, existieren Sie nur dann, wenn Sie es verletzen; aber das werden Sie hoffentlich nicht. Sie tun mir herzlich leid; Sie können einen Schilling aus der Sammelbüchse haben. Der nächste Fall.“

Der Rechtsanwalt hielt inne.

„Jawohl,“ sagte sein Freund, „das ist ja sehr interessant. Wirk-lich höchst sonderbar. Wertwürdige Zustände waren das damals!“

(Kontinuierliche Uebersetzung von Leon Schall)

Die Eroberung der Lufthöhe

Am 26. Mai 1929 hat der Junkersflieger Reuenhöfer in Dessau eine Höhe von 12.500 Meter über der Erde im Flugzeug erreicht. Derartige Höhenrekorde haben keineswegs nur sportliches, praktisch wertvolles Interesse, sondern sind von erheblicher Bedeutung im Hinblick auf die ganz systematisch verfolgten Pläne, den Schnellflug-verkehr der Zukunft in außerordentlich großen Höhen von 12 bis 15 Kilometern vor sich gehen zu lassen, wo der Luftwiderstand minimal ist, so daß man dabei mit der Erreichung märchenhaft großer Geschwindigkeiten (1000 Kilometer und mehr in der Stunde) rechnen kann. Was eine Verwirklichung derartiger durchaus ernst zu nehmender, wenn auch wohl erst in etwa zehn Jahren zu ver-wirklichter Pläne allein schon für die Luftbeförderung zu be-deuten haben würde, bedarf nicht erst eines Nachweises. Infolge-dessen ist die allmähliche Bezwingung der großen Höhen der Atmo-sphäre durch den menschlichen Willen auch ein praktisches Verkehrs-problem von nicht geringer Bedeutung, und es lohnt sich, den ein-zelnen Etappen nachzugehen, wie diese Bezwingung bis zum heutigen Tage vor sich gegangen ist.

Höhen von etwas mehr als 5000 Meter sind vom Menschen flügel schon im Altertum nicht ganz selten überwunden worden. Der stets außerordentlich wichtig gewesene Seidenhandel zwischen China und der Mittelmeerwelt spielte sich lange Jahrhunderte über die Pässe des Pamirplateaus ab, die durchweg um 5000 Meter Höhe aufwiesen. Der für den Verkehr am wichtigsten gewesene Teret-Dawan-Paß erhebt sich z. B. über 5000 Meter über das Meer. Da-gegen sah sich die Menschheit bis zum Anfang des vorigen Jahr-hunderts nicht veranlaßt, jemals in größere Höhen hinaufzusteigen. Erst als das große physikalische Interesse und etwa gleichzeitig, seit Cassin's Montblanchsteigung (3. August 1787) die Freude an der hochalpinen Bergwelt erwachte, drangen wagemutige Gelehrte in immer höhere Regionen hinauf. Alexander v. Humboldt eröffnete den glänzenden Reigen, als er am 23. Juni 1802 auf dem Chimborazo zwar nicht bis zum höchsten Gipfel, aber doch bis 5810 Meter emporstieg, einer Höhe, die nie zuvor ein Mensch erreicht hatte. Der Rekord blieb jedoch nicht lange bei ihm, denn schon zwei Jahre später magte sich der große französische Physiker Gay-Lussac im Freiballon bis auf etwa 7000 Meter Höhe hinauf, um physikalische Messungen anzustellen. Diese Leistung blieb ein halbes Jahrhundert unübertroffen und wurde erst im Jahre 1852 von dem englischen Gelehrten Wells in Kew wiederum erreicht. Bald darauf aber fanden die berühmten Ballonaufstiege des Engländer's Glaisher zu wissenschaftlichen Zwecken statt, die fünfmal die 7000-Meter-Höhe bedeutend überschritten. Der höchste Aufstieg führte am 5. Sep-tember 1862 in eine Höhe, die zwischen 8500 und 9000 Meter ge-legen haben muß. Der genaue Wert ist nie ermittelt worden, denn die Apparate waren noch unvollkommen, und Glaisher selbst fiel infolge des Sauerstoffmangels in Ohnmacht. Lange nahm an, die Glaisher'sche Leistung sei überhaupt nicht zu überbieten, und der Respekt vor den sehr großen Höhen wurde um so nachhaltiger, als am 15. April 1875 die beiden Franzosen Crocé-Spinelli und Sirol bei einer Wiederholung des Glaisher'schen Versuchs in etwa 8000 Meter Höhe zu Tode gekommen waren.

Erst die Witnahme komprimierten Sauerstoffes zum Einatmen ermöglichte die Ueberschreitung der sonst todbringenden 8500-Meter-Grenze. Am 4. Dezember 1894 gelangte der Meteorologe Arthur Berfon von Bitterfeld aus im Freiballon bis 9150 Meter Höhe hin-auf und überbot selber diesen Rekord, begleitet von Professor Süring, am 31. Juli 1901 durch das Wagnis einer Fahrt bis 10.600 Meter Höhe, wobei die beiden Gelehrten fast nur durch einen Zufall dem Beschick entgingen, das Los Sirols und Crocé-Spinellis zu teilen.

Bergsteiger, die ungleich härtere körperliche Anstrengungen als Ballon- und andere Flieger zu überwinden haben und daher dem Sauerstoffmangel schwerer widerstehen können, gelangten lange nicht viel über 7000 Meter Höhe hinauf. Die Besteigung des 7010 Meter hohen Aconcagua durch Jurtriggen und Bines 1867 und verschiedene Bergtouren im Himalaya, die schließlich bis 7300 Meter führten, stellten Jahrzehnte hindurch anscheinend das Maximum des Erreich-baren dar. Schließlich aber hat die dritte der groß ausgezogenen englischen Expeditionen zur Bezwingung des Mount Coerest im Jahre 1924 doch dahin geführt, daß man, mit Hilfe guter Sauer-stoffatmung und sehr langsam vordringend, das letzte Bogen bei 8600 Meter Höhe aufschlagen konnte. Beim Versuch, den höchsten Gipfel (etwa 8882 Meter) von dort aus zu erreichen, sind zwei junge Teilnehmer der Expedition am 8. Juni 1924 in unbekannter Höhe eines nie aufgelärten Todes gestorben. Der höchste Berg der Welt ist daher zurzeit noch unbezwungen.

Natürlich wurde seit dem Aufkommen des Flugzeugs (1908) alsbald dieses in den Dienst der Höhenbezwingung gestellt. Die größten, von Flugzeugen erreichten Höhen steigerten sich ungemein rasch. Die sicheren Höhenrekorde betragen: 1909 115 Meter, 1910 3100 Meter, 1912 5610 Meter, 1913 6120 Meter, 1920 10.093 Meter, 1923 11.145 Meter, 22. Dezember 1927 11.827 Meter (Donati), 26. Mai 1929 12.500 Meter (Reuenhöfer). Immer-hin muß beachtet werden, daß im Freiballon seither derartige Höhen auch schon erreicht und zum Teil übertroffen worden sind. Am 9. August 1909 stiegen die Italiener Ullua und Biacenza bis 11.800 Meter empor und der Amerikaner Gray im Juli 1927 sogar bis 12.872 Meter Höhe, so daß die Reuenhöfer'sche Leistung doch noch nicht den absoluten Höhenrekord darstellt. Unbemante Freiballons, nur mit registrierenden Instrumenten ausgestattet, sind seit langem in noch viel größeren Höhen hinaufgeschickt worden, so ein Ballon in Strahburg am 3. August 1906 bis 25.800 Meter, ein anderer in Ucke (Belgien) am 5. November 1908 bis 29.040 Meter usw. Die Eroberung der großen atmosphärischen Höhen durch den Menschen schreitet also rüstig fort. Wir sind sicher noch lange nicht am Ende angelangt und werden unser praktisches Verkehrsziel, einen Flug-verkehr in den ewig wolkenlosen größten Höhen einzurichten, wohl in den nächsten 10 bis 20 Jahren erreichen.

Professor R. Hennig.

Volksgeundheit und Haut

„Die Haut ein sozialhygienisches Problem — —?“ höre ich fragen. Wenn wirtschaftliche oder kulturelle Vorgänge ein solches bilden können, mag es verständlich sein; aber die Haut? Und doch zeigt sich, besonders seit die Wissenschaft sich mehr mit dem Studium der Physiologie der Haut befaßt, daß man vielen Krankheiten vor-beugend begegnen kann, wenn eine vernünftige Hautpflege betrieben wird.

Es mag hier nicht geredet werden von der Keinslichkeit der Haut. Dies ist eine selbstverständliche, wiewohl unter heutigen Verhältnissen nicht immer leicht zu erfüllende Forderung, sondern es soll die Rolle der Haut in den verschiedenen Berufen mehr in das Blickfeld des einzelnen gerückt werden. Seitdem man die Zu-sammenhänge zwischen Haut und Organismus und deren Be-ziehungen zu Krankheiten näher zu erforschen beginnt, sind uns viele Erkrankungen leichter verständlich geworden. Es sei nur er-innert an die Beziehungen zwischen Rheuma und schlecht durch-bluteter Haut — oder zwischen Erkältung und Hautabhärtung. Wenn man unter Berücksichtigung dieser Tatsachen bei den ver-

schiedenen Berufen die Beanspruchung der Haut betrachtet, so ist der Schlüssel gefunden zu manchen Berufskrankheiten.

Die Haut des Heizers, die monatelang dauernd der Einwirkung der auf sie strömenden Hitze des Feins ausgesetzt ist, trocknet aus, verliert ihre Spannung und Durchblutungsfähigkeit und ist insolge-dessen nicht gut fähig, den sie hernach treffenden Kältereizen durch Erhöhung der Durchblutung (= Reaktion) zu begegnen. Sie bietet einen geringen Schutz gegen Abkühlung, Wärmeverlust und Er-kältung und fördert die Neigung zu Erkältungskrankheiten.

Der Arbeiter, der, um die Haut recht gut zu säubern, dieselbe mit scharfen alkalischen Seifen, Sand oder Bimsstein bearbeitet, entzieht ihr das zur Anpassung an die Durchblutung notwendige Fett, die Hautspannung läßt nach, sie wird spröde und rissig und Bakterien ist der Weg gebahnt. Entzündungen und Wundsein sind die Folge.

Berufe, die in freier Luft arbeiten und ihre Haut den nat-uralen klimatischen Reizen aussetzen, kommen noch am besten weg. So findet man in diesen Berufskreisen Erkältungen auch verhältnismäßig selten. Ihre Haut ist gut durchblutet, absolut funk-tionsfähig und trainiert, den auf sie eindringenden Reizen sofor-t zu begegnen. Denn entscheidend bei der Resistenz ist die Schnellig-keit der Reaktion.

Warum ist die Grippe so häufig bei Bureauenschen? Man braucht nur einen Blick auf die fast weiße, unreine (d. h. mit Säuren überzogene) schlecht durchblutete und deshalb nicht reaktionsfähige Haut zu werfen, um zu wissen, daß diese Schutzdecke keine mehr ist.

Diese besonders berufliche Beanspruchung der Haut erfordert eine ebenso spezielle Pflege. Neben vorbeugenden Maßnahmen, wie regelmäßige Einseifung oder Anwendung von Zitronensäure (es sei in diesem Zusammenhang auf die besondere Affinität zwischen Haut und Zitronensäure erinnert, die einen häufigen Bestandteil von Hautcreme bildet), ist besonderer Wert auf ständige Uebung der Haut durch Frottierübungen und Massage zu legen, was beim Sport schon zum Allgemeingut geworden ist. Die Hausfrau weiß heute schon allgemein den Wert der Zitrone für die Hautpflege zu schätzen. Viel zu wenig ist aber bekannt, daß die Zitrone auch für die Fußpflege unentbehrlich ist, da einmal durch die Säure die Ver-härtungen der Haut auf der Fußsohle (Hornhaut) gelöst, die Blut-zirkulation gefördert (Vermeidung von kalten Füßen) und die ver-stopften Poren geöffnet werden.

Es ist besonders zu begrüßen, daß unser moderner Sport nicht zum wenigsten ein Hauptsport ist und auf die Ausbildung dieses Organs einen so hohen Wert legt. Dr. K. Ryszkiewicz.

Wo blieben die 127 Zeppelin-Luftschiffe?

Der „Graf Zeppelin“ ist das 127. Zeppelin-Luftschiff, das seit der denkwürdigen Fahrt des ersten dieser Luftschiffe am 2. Juli 1900 gebaut worden ist. Unwillkürlich fragt man sich: Wo sind die 127 Zeppelin-Luftschiffe geblieben? Sieht man die Listen durch und erfährt die Daten und Umstände, so werden sich gewiß viele Menschen fragen: das habe ich auch noch nicht gewußt. Räumlich doch beispielsweise 66 Zeppelin-Luftschiffe in den Kriegsjahren ab-geschossen, zerstört und vernichtet wurden, daß sie in die Hände der Feinde fielen, vom Blitz getroffen, explodierten, als vermisst gemeldet worden sind usw.

Eine ganze Reihe der Zeppelin-Luftschiffe ist abgerüstet worden. Einige wurden an Frankreich, England und Italien aus-geliefert. Das vorletzte ist vor viereinhalb Jahren an die Vereinigten Staaten gegangen und trägt seitdem den Namen „Los Angeles“. Die ersten Zeppelin-Luftschiffe sind vielfach Unfällen erlegen. 1908 in Echterdingen ist das 4., 1910 in Baden-Dos das 6., 1912 in Düsseldorf die „Schwaben“ verbrannt. Einige der Luftschiffe sind bei Manövern verunglückt (z. B. 1913 bei Helgo-land); einige waren veraltet und mußten wegen geringer Taug-lichkeit abgerüstet werden; einige strandeten oder explodierten durch die Gasmischung, die sich als ungeeignet erwie.

Während der Kriegsjahre wurden auch viele Luftschiffe außer den 66 oben angeführten, abgetrieben oder beschädigt, verunglückt bei der Landung oder stürzten aus unbekanntem Ursachen ab. Seit 1919 sind nur noch wenige gebaut, einige überhaupt nicht fertig-gestellt worden. Man muß sich wundern, daß die Heeresrichte die Verluste der Zeppelin-Luftschiffe selten oder doch gar nicht er-wähnten. Insofern wurden allein über London und der Themis abgeschossen, zerstört und vernichtet, eins fiel in die Hände der Engländer.

Demnach existieren heute von 127 Zeppelin-Luftschiffen nur noch die „Los Angeles“ und der „Graf Zeppelin“. Wenn erst ein-mal die Luftschiffe ausschließlich ihrer wahren Bestimmung einer völkerverbindenden wirtschaftlichen Ausnützung dienen, dann werden auch die Verlustlisten kleiner und kleiner werden. G. S.

Männer halbnackt!

Seltam ist diese Zweipätzigkeit des menschlichen Wesens, daß das weibliche Geschlecht im Winter ebenso sehr zu übermäßig leichter Kleidung neigt, wie das männliche zu übermäßig schwerer im Sommer. Die einzig ideale Sommerkleidung wäre auch für Männer der weiße Wäschanzug mit freiem Hals und nackten Armen. Doch bis der Mann sich aus der Sklaverei des Herkommens bis dahin durchgekämpft haben wird, muß wohl noch viel Zeit vergehen. Merkt sonstiges läßt sich aber schon jetzt leicht verwirklichen. Den Anfang macht insoweit die steigende Verdrängung des männlichen Sommerhutes durch den nackten Kopf. Ferner sollte wenigstens bei sommerlichen Ausflügen und dergleichen für jedermann Rock und Weste geachtet sein. Das Hemd geht regelmäßig ohne weiteres auch als Bluse mit Gürtel, also fertig. Jede Draußenarbeit, insbesondere bei Bauten aller Art, auf dem Felde und im Garten, wird durch nackten Oberkörper ganz wesentlich erleichtert. Weiterhin sollte der nackte Oberkörper selbstverständlich sein bei allen Leibesübungen, insbesondere Turnen, Laufen, Fußballen, Rudern, auch beim Wan-dern in einsamer Gegend. Vor beim Baden ist der Rumpfrüst statt der Badehose ein unglaublich stützlicher Würggriff, der auch in Familienbädern nicht einen Schimmer von Berechtigung hat. Denn wenn die berufenen Weisen des Volkes über die Vorzüge von Luft und Sonne sprechen, dann meinen sie deren günstige Wirkung für die nackte Haut und nicht für die Kleidung. Das wird neuerdings mehr und mehr richtig erkannt. Und glücklicherweise wird in der Tat mehr und mehr der beheldene Rest von vermeintlicher Zivilcourage zu einem entsprechenden Handeln aufgebracht. Rechtzeitige Folgen werden in allen diesen Fällen kaum je eintreten, wenn man sonst gesund ist, die Haut gut ölt und das Tempo der Gewöhnung nicht überstürzt. J. B.

